

STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS

NR 177 3/2015



Gedenkstätten Bundbrief

- 3 Was können Gedenkstätten heute für ihre Wahrnehmung tun – Diskussionen während der dritten bundesweiten Gedenkstättenkonferenz in Bremen im September 2014
Thomas Lutz
- 5 Unterwegs verloren? NS-Gedenkstätten und »kritisches Geschichtsbewusstsein«
Cornelia Siebeck
- 11 Mehr Gegenwart in die Gedenkstätten! Erinnerungsorte in Zeiten des Memory-Drains und der Entpolitisierung
Harald Schmid
- 17 Die Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt an der Weinstraße
Martina Ruppert-Kelly und Eberhard Dittus
- 26 Die Verankerung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen im Unterricht – dargelegt anhand der Rahmenlehrpläne der Länder
Andreas Geike
- 34 Besucherinnen- und Besucherstudie der KZ-Gedenkstätte Dachau 2012/2013
Waltraud Burger und Rebecca Ribarek
- 43 Der retuschierte Reichstag
Dirk Stolper
- 46 »Krefeld und der Nationalsozialismus« – Die neue Ausstellung in der Villa Merländer in Krefeld
Angela Genger
- 50 Veranstaltungshinweise
- 54 61. Bundesweites Gedenkstättenseminar 2015 | Dachau, 18.-20. Juni 2015
70 Jahre nach der Befreiung der Konzentrationslager – Was können die Gedenkstätten leisten?
- 57 Anmeldeformular
- 59 Literaturhinweise
- 65 Rezension: Lutz van Dijk (Hrsg.): »Endlich den Mut ...« – Briefe von »Stefan« T. Kosinski (1925–2003)
Ulrich Panzer

Titel: Die Turenne-Kaserne heute. Siehe den Beitrag von Martina Ruppert-Kelly und Eberhard Dittus in diesem Heft. Foto: Eberhard Dittus

Einleitung

Thomas Lutz

Im letzten September hat in Bremen zum dritten Mal die »Gedenkstättenkonferenz« stattgefunden. Sie ist gedacht als eine neue Form des Informationsaustauschs und der Abstimmung unter den Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes. Hierzu werden gezielt Vertreter der in Deutschland tätigen Gedenkstättenverbände und für sie als Ansprechpartner wichtige Einrichtungen eingeladen: Delegierte der bestehenden Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten und -Initiativen, der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung und der AG KZ-Gedenkstätten. Hinzu kommen noch einige Einrichtungen, die sich in keinem der Verbände wiederfinden. Insgesamt nahmen an den ersten Treffen jeweils etwa 40 Personen teil.

Bei der Zusammenkunft in Bremen wurde am ersten Abend über die Entwicklung und aktuelle Situation der Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland debattiert. Gerade angesichts der 70. Jahrestage der Befreiung ist das ein Thema, das in vielfältiger Weise auf der Tagesordnung steht – bei Gedenkreden, aber auch bei Seminaren, Tagungen und Symposien oder in den Medien.

In Bremen haben einige Statements und eine anschließende Podiumsdiskussion zu einer intensiven Debatte geführt. Cornelia Siebeck, Habbo Knoch und Harald Schmid haben die Debatte durch ihre Redebeiträge eröffnet. Im Folgenden sind die überarbeiteten schriftlichen Fassungen der Beiträge von Cornelia Siebeck und Harald Schmid abgedruckt. Der Artikel von Habbo Knoch wird in der nächsten Ausgabe des Gedenkstättenrundbrief im Juni publiziert werden. Obwohl sie unterschiedliche Zugänge zur Tätigkeit von Gedenkstätten aufweisen, haben sie übereinstimmend Themenbereiche identifiziert, die zentrale Entwicklungen darstellen und wegweisend nach strategischen Überlegungen verlangen – auch wenn die Begrifflichkeiten ebenso wie die konkreten Vorschläge für zukünftige Schwerpunktsetzungen voneinander abweichen.

Unstrittig ist, dass die NS-Vergangenheit, eine so besondere Form von Verbrechen mit sich gebracht hat, dass sie auch in Zukunft ein zentraler historischer Bezugspunkt bleiben wird – nicht nur für das Verständnis der deutschen Gegenwart. Des Weiteren ist in den Beschreibungen der Entwicklung der Gedenkstätten zu lesen, dass sich die Gedenkstätten von unbequemen, zunächst angefeindeten Stätten der Empathie mit den Verfolgten und des Aufbegehrens gegen die Erinnerungslosigkeit immer mehr zu konsensualen Einrichtungen entwickelt haben, die in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Inwieweit sie vor allem nach dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten seit den neunziger Jahren zum nation building beigetragen haben, identitätsstiftende Museen geworden sind oder sich doch wegen der Auseinandersetzung mit der von Deutschen begangenen Staatsverbrechen gegen eine eindimensionale politische Nutzung sperren, wird graduell von den Autorinnen und den Autoren unterschiedlich bewertet.

Offensichtlich ist, dass gerade im Zusammenhang mit den Gedenktagen anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung immer wieder die Fragestellung aufgeworfen wird, wie die Tätigkeit an den historischen Orten ohne Überlebende weitergehen wird. Dies ist bei genauer Betrachtung keine neue Entwicklung. Die gleichen Diskussionen hat es auch schon im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag gegeben. Viel ist dazu in den

letzten Jahren publiziert und gesagt worden. Zusammenfassend ist die Feststellung von Bedeutung, dass die besonderen humanitären Aufgaben der Gedenkstätten in den letzten Jahren eher zu- als abgenommen und sich gleichzeitig verlagert haben. In der Zwischenzeit wenden sich Angehörige aus der zweiten, aber auch dritten Generation an die Gedenkstätten und haben von historischen Anfragen bis zur Beerdigung der jüngst gestorbenen Überlebenden am Ort ihres Leidens vielfältige Anliegen.

Gedenkstätten können darüber hinaus in den letzten Jahren ein stetig wachsendes Besuchsinteresse verzeichnen. Gerade in den letzten beiden Jahren haben sich mehrere Bundesländer – nach sehr langem Zögern – zu einer relativ gesehen wesentlichen Erhöhung der finanziellen Förderung der Institutionen und der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen entschlossen. Die Art und Weise der Verknüpfung von Ehrenamt, das die Zivilgesellschaft repräsentiert, und den zumeist kleinen, professionellen Einrichtungen sowie deren Förderung und Anbindung an die öffentliche Hand wird für die zukünftige Entwicklung der Gedenkstättenlandschaft in Deutschland eine zentrale Bedeutung haben. Was das in der Umsetzung genau bedeutet, bleibt aber insgesamt eher im Vagen. In den hier publizierten Artikeln jedoch wird hinterfragt, wie weit die Anerkennung der Gedenkstättenarbeit tatsächlich gediehen ist, welchen Grad an Bedeutung oder gar Scheinbedeutsamkeit diese Entwicklung hat. Selbstkritisch wird angemerkt, dass vor allem junge Menschen heute die Auseinandersetzung um die Etablierung von Gedenkstätten nicht miterlebt haben und stattdessen mit den »guten« staatlichen Einrichtungen in Berührung kommen. Die Gefahr wird beschrieben, dass sie die Geschichtsdarstellung als eine hegemoniale Form ansehen, die die so wichtige Mehrdeutigkeit und Hinterfragbarkeit des Ausgestellten blockiert.

Als eine Antwort auf die Anfragen, die die Erfolgsgeschichte in den letzten Jahrzehnten mit sich bringt, wird in allen Beiträgen die Notwendigkeit der Neudefinition des Verhältnisses von der dargestellten Geschichte der NS-Verbrechen zur Gegenwart betont. Es ist deutlich, dass deren Ausgangspunkt das kritische Hinterfragen von Handeln in der Geschichte ist. Hinsichtlich einer historisch-reflexiven Erinnerungskultur und deren Positionierung zur Gegenwart gibt es unterschiedliche Auffassungen. Beharrlich wird von der Herstellung des Gegenwartsbezugs mit der Beschreibung der Entstehung der Gedenkstätten und der Warnung vor einer simplen Gleichsetzung historischer Ereignisse der Erwerb von historischer Kompetenz erwartet. Eine andere Möglichkeit des Bezugs zur heutigen Gesellschaft könne das Aufzeigen der Veränderungen bei der Darstellung von Vergangenheit sein, die mit wachsendem zeitlichem Abstand unterschiedlich interpretiert wird. Forderungen, die Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischer (Fehl-) Entwicklung heute stärker in die Gedenkstättenarbeit zu integrieren, werden aber ebenso gestellt.

Dr. Thomas Lutz ist als Gedenkstättenreferent der Stiftung Topographie des Terrors Redakteur des GedenkstättenRundbrief.

Unterwegs verloren?

NS-GEDENKSTÄTTEN UND ›KRITISCHES
GESCHICHTSBEWUSSTSEIN‹

Cornelia Siebeck

Während unseres gemeinsamen Versuchs einer gesellschafts- und gedächtnispolitischen Standortbestimmung der bundesrepublikanischen NS-Gedenkstätten auf der Bremer Gedenkstättenkonferenz wurden nicht wenige drängende Fragen angesprochen. In meinen eigenen Beiträgen habe ich vor allem den zunehmenden Verlust des gegenwartskritischen und ›widerborstigen‹ Charakters von NS-Gedenkstätten thematisiert.

Im Gegensatz zu manch anderen halte ich besagten Verlust nicht für eine quasinaturwüchsige Entwicklung. Was oft als Resultat des nun einmal wachsenden zeitlichen Abstandes zur ›Anlassgeschichte‹ und damit einhergehender Generationswechsel beschrieben wird, ist meines Erachtens auch und vor allem auf gedächtnispolitische Entscheidungs- und Institutionalisierungsprozesse seit 1990 zurückzuführen, die sich trotz aller Europäisierung und ›Universalisierung‹ des Gedächtnisses an die NS-Verbrechen nach wie vor in einem spezifisch deutschen Diskurskontext vollzogen haben. Was dabei herausgekommen ist, steht in einem eigentümlichen Spannungsverhältnis zu dem, was in hiesigen NS-Gedenkstätten als wesentlicher Anspruch formuliert wird, nämlich Orte subjektiver und kollektiver ›Selbstbeunruhigung‹ zu sein, kritisches Geschichtsbewusstsein sowie eine im emphatischen Sinne demokratische Gedächtniskultur zu befördern. Diesen Umstand möchte ich im Folgenden problematisieren.

Die Frage des Sprechortes

»Du kannst so was ja sagen, weil du nicht drin bist!«, bemerkte ein von mir sehr geschätzter Vertreter einer der großen, staatlich geförderten KZ-Gedenkstätten, als wir nach der Bremer Podiumsdiskussion noch beim Bier zusammensaßen. Darüber habe ich seither öfter nachgedacht, berührt es doch die Frage, in welcher Rolle ich hier eigentlich spreche.

Zunächst einmal bin ich mir nicht sicher, ob ich wirklich so ganz ›draußen‹ bin. Nicht nur liegt mir das Projekt am Herzen, sondern ich bin auch vielen Menschen, die in NS-Gedenkstätten arbeiten, freundschaftlich verbunden. Ich kenne einige dieser Einrichtungen von innen und habe dort prägende Erfahrungen gemacht, wobei ich nicht zuletzt auch die Aporien, Dilemmata und empfundenen ›Sachzwänge‹ kennengelernt habe, die sich in der alltäglichen Praxis vor Ort auf tun können. Als ausgebildete Historikerin vermag ich Diskussionen über inhaltliche Gestaltung und Vermittlung nachvollziehen, als Forscherin habe ich mich mit den Rahmenbedingungen gegenwärtiger Gedenkstättenarbeit und den Selbstverständigungsdiskursen der Akteure und Akteurinnen im Feld beschäftigt. Ich kann also die Gedenkstättensprache, die sich in den letzten 20 Jahren herausgebildet hat, nicht nur verstehen, sondern bei Bedarf auch sprechen – und das können ›Außenstehende‹ eben nicht.

Allerdings repräsentiere ich keine Institution, die ihr eigenes Tun und Lassen legitimieren muss. Und aus dieser Position heraus möchte ich dieses von meinem Gesprächspartner so selbstverständlich ins Feld geführte ›Dringen‹ und ›Draußen‹ zunächst

einmal hinterfragen, verweist diese Dichotomie doch auf institutionelle Abschottungstendenzen, die mit Blick auf Gegenwart und Zukunft der NS-Gedenkstätten kritisch zu reflektieren wären.

Institutionalisierungsprozesse und ihre Schattenseiten

Im Zuge einer gedächtnispolitischen Neupositionierung der Bundesrepublik ist nach 1990 eine staatlich geförderte ›Gedenkstättenlandschaft‹ entstanden. Die geförderten NS-Gedenkstätten haben dabei einen Institutionalisierungs- und Professionalisierungsprozess durchlaufen. Wie bei solchen Abläufen üblich, wurden dabei von einem überschaubaren Kreis an Akteuren und Akteurinnen, insbesondere Historikern und Historikerinnen, spezifische Standards entwickelt, wie mit den Tatorten der NS-Verbrechen politisch, historisch, ästhetisch und pädagogisch ›angemessen‹ umzugehen sei. Diese Aushandlungen waren zweifellos sehr produktiv. Nicht nur haben sie einen enormen Zuwachs an Wissen und gedächtniskultureller Reflexivität gezeitigt, sondern auch ein neues Bewusstsein für die historische Komplexität der infrage stehenden Orte. Wo sich aber solche Expertenkulturen, also ein ›Drinnen‹ entwickelt, besteht auch immer die Gefahr einer Verselbstständigung, werden Außenstehende zu Laien, die zunächst einmal ein bestimmtes Wissen und bestimmte Regeln des Sprechens erlernen müssen, bevor ihnen ein Mitspracherecht auf Augenhöhe zugebilligt werden kann.

Was auf wissenschaftlichen Tagungen zur NS-Geschichte seine Berechtigung hat, scheint im Umgang mit den Orten der NS-Verbrechen nicht unproblematisch, zumindest, solange man sie nicht ausschließlich als zeitgeschichtliche Museen begreift, sondern auch als Orte, an denen Menschen sich angesichts des Geschehenen immer wieder aufs Neue über das historische Woher und Wohin verständigen sollen. Wenn man die Orte der NS-Verbrechen in diesem Sinne als Orte einer demokratisch (und also möglichst partizipativ) verfassten gesellschaftlichen Selbstreflexion versteht, in die sich unterschiedliche Subjekte und Interessengruppen charakteristischerweise von unterschiedlichen Ausgangspunkten her und mit entsprechend unterschiedlichen Fragen und Anliegen einbringen, dann ist eigentlich nicht so ganz klar, warum etwa Historikern und Historikerinnen dort eine privilegierte Deutungs- und Gestaltungsmacht zukommen sollte. Damit ist nicht gesagt, dass es dafür nicht manch gute Gründe gibt. Was aber auch ›drinnen‹ einmal kritisch zu hinterfragen wäre, ist die Selbstverständlichkeit, mit der dieses Privileg mittlerweile beansprucht und ausgeübt wird.

Wenn man Orte einer lebendigen öffentlichen Auseinandersetzung über die Bedeutung der NS-Verbrechen für die gesellschaftliche Gegenwart und Zukunft schaffen und erhalten möchte, spricht jedenfalls viel dafür, die Grenzen zwischen dem ›Drinnen‹ und ›Draußen‹ künftig flüssiger werden zu lassen und möglichst viele Menschen, denen an diesen Orten gelegen ist, zur Teilhabe an deren ideeller und materieller Gestaltung einzuladen. Die Auseinandersetzung mit wie auch immer motivierten ›Laien‹ mag aus institutioneller Perspektive mühsam scheinen. Aber NS-Gedenkstätten sind nun einmal kein Selbstzweck, sondern unter anderem dazu da, solche mühsamen Auseinandersetzungen immer wieder neu zu ermöglichen. Sodass keine routinierte Selbstverständlichkeit im Gedenken einkehrt. Denn diese käme letztendlich einem Vergessen gleich, zumindest, wenn man das NS-Regime und seine Verbrechen als etwas deutet, nach dem jederart routinierte Selbstverständlichkeit fragwürdig geworden ist. Wenn NS-Gedenkstätten zu einer solchen Selbstverständlichkeit werden, verkörpern sie eben keinen

Bruch inmitten der unhinterfragten Alltagswelt, keinen Zweifelsfall, der immer wieder aufs Neue Fragen an eine jeweilige Gegenwart aufwerfen könnte. Und gerade dieses Moment des Zweifels und der nachhaltigen Irritation war es ja, das durch Markierung der NS-Verbrechen im öffentlichen Raum der Bundesrepublik manifest werden sollte.

Wie der ›historische Bruch‹ im öffentlichen Raum etabliert werden sollte

Eine Ur-Szene des gedächtnispolitischen Kampfes um den öffentlichen Raum stellt die Debatte um das kriegszerstörte Frankfurter Goethehaus dar, die 1946/47 noch vor Gründung der Bundesrepublik begann. Ein Gutteil der deutschen Deutungseliten meinte zu dieser Zeit, mit Goethe »inmitten der Zerstörung etwas Unzerstörbares« (Friedrich Meinecke) zu finden, das angesichts der ›Katastrophe‹ metaphysische Heilung versprach. Ganz in diesem Sinne engagierte man sich in Frankfurt für den originalgetreuen Wiederaufbau von Goethes Geburtshaus, von dem nach einem Bombenangriff nur mehr ein Trümmerhaufen geblieben war.

Nur wenige wandten sich damals gegen dieses Unterfangen. Das Goethehaus, so insistierte etwa der Publizist Walter Dirks, sei »nicht durch einen Bügeleisenbrand oder einen Blitzschlag oder durch Brandstiftung zerstört worden, genauer gesagt: in einer Kausalkette, die keine Beziehung zu dem eigentümlichen Wesen dieses Hauses hätte [...]. Es war kein Versehen, das man zu berichtigen hätte, keine Panne, die der Geschichte unterlaufen wäre; es hat seine Richtigkeit mit diesem Untergang. Deshalb soll man ihn anerkennen.« Die geplante Rekonstruktion hingegen werde den Eindruck vermitteln, »[a]ls wenn nichts geschehen wäre. Aber es ist etwas geschehen, und dieses Geschehen ist unwiderruflich.«

Das Goethehaus wurde 1951 unter großem, auch internationalem Zuspruch wieder eröffnet. In den Interventionen Walter Dirks' und verwandter Intellektueller trat indes bereits ein Argumentationsmuster zutage, das auch in späteren Kämpfen um eine Markierung der NS-Vergangenheit im öffentlichen Raum von zentraler Bedeutung war: dass mit der Tatsächlichkeit des NS-Verbrechens vermeintlich selbstverständliche Sinnhorizonte irreversibel gebrochen seien, und dass eine ›bessere Zukunft‹ nicht auf einer Heilung dieses Bruches, sondern nur auf seiner bleibenden Anerkennung gründen könne. Diese Sinnfigur lag auch Theodor W. Adornos dilemmatischen Überlegungen zu einer Pädagogik ›nach Auschwitz‹ zugrunde, die ja den kritischen Gedächtnisdiskurs in der Bundesrepublik bis heute prägen, wenn etwa Volkhard Knigge mit Blick auf die NS-Vergangenheit von einer »heillosen Geschichte« spricht: »... dann muss die Erziehung auch auf diesen Bruch hinarbeiten und diesen Bruch selber bewusst machen, anstatt ihn zuzuschmieren und irgendwelche Ganzheitsideale oder ähnlichen Zinnober zu vertreten«, forderte Adorno 1967 in einer Diskussion zum Thema »Erziehung – wozu?«.

Natürlich wurde der kritische Gedächtnisdiskurs an die NS-Verbrechen in den darauffolgenden Jahrzehnten nicht von lauter negativen Dialektikern und Dialektikerinnen geführt, wurde mitunter mehr ideologisiert als exploriert, wurde Vergangenheit oft instrumentell vereindeutigt, um dann die ›richtigen‹ historisch-politischen Lehren abzuleiten, ging es nicht zuletzt auch um gegenkulturelle Vergemeinschaftungspolitiken. Und doch lässt sich das Beharren auf dem fundamentalen Bruch als kleinster gemeinsamer Nenner aller Bemühungen lesen, das Gedächtnis an die NS-Verbrechen nachhaltig in der bundesrepublikanischen Lebenswelt zu verankern: dass dieser Bruch

im öffentlichen Raum objektiviert werden müsse, damit die Mit- und Nachlebenden – buchstäblich – nicht einfach darum herum oder darüber hinwegkämen. Liest man etwa die Texte der Gedenkstättenaktivisten und -aktivistinnen in dem Anfang der 1980er-Jahre von Detlef Garbe herausgegebenen Band über »Die vergessenen KZs?«, so scheinen Schrecken und Empörung über mal mehr, mal weniger erfolgreiches, von der Mehrheitsgesellschaft jedenfalls immerzu angestrebtes Verschwindenlassen der Tatorte ein Motiv zu sein, das ansonsten recht heterogene Akteure und Akteurinnen eint.

Auch die dezidiert antiinstitutionellen und radikaldemokratischen Ansätze, die im Selbstverständigungsdiskurs der bundesrepublikanischen Geschichts- und Gedenkstättenbewegung der 1980er-Jahre verhandelt wurden, sollten nicht ausschließlich als zeittypische Topoi eines linksalternativen Milieus betrachtet werden. Sie können auch als Versuche verstanden werden, besagte Sinnfigur des Bruchs nicht nur narrativ, sondern auch performativ umzusetzen. Ein ›Aktives Museum‹ am Ort des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes in Westberlin etwa sollte stets einen ›Werkstattcharakter‹ beibehalten, um ›Konsumenten zu Produzenten‹ machen, wie einem Konzept von 1984 zu entnehmen ist. In ›Auseinandersetzung mit einem Herrschaftssystem, das weitgehend durch die Entmündigung Einzelner und gesellschaftlicher Gruppen funktionierte‹, sollten ›möglichst viele Menschen befähigt werden, mündig mit ihrer eigenen Geschichte und damit auch ihrer Gegenwart und Zukunft umzugehen.‹ Die andauernde Debatte über die Bedeutung des Geschehenen wurde dabei als integraler Bestandteil eines demokratischen Diskurses gedacht: ›Nicht Konsensbildung durch Verwischung unterschiedlicher politischer Positionen, sondern provozierende Denkanstöße durch die Darstellung von Widersprüchen und Gegensätzen betrachten wir als Voraussetzung zur Entwicklung einer politischen Kultur und eines demokratischen Bewusstseins.‹

Wie der ›historische Bruch‹ nach 1990 repräsentativ eingeeht wurde

In der Spätphase der alten Bundesrepublik hatte die Sinnfigur des historischen Bruchs einige Verbreitung gefunden. Als Helmut Kohl angesichts einer von ihm diagnostizierten ›Verunsicherung im Verhältnis zu unserer Geschichte‹ nach ›1968‹ und einer Periode sozialliberaler Regierungen allerlei Maßnahmen zu dessen ›Entstörung‹ ankündigte, war die öffentliche Entrüstung jedenfalls groß – bis weit ins linksliberale Lager und akademische Establishment hinein. Auf vehementen Widerspruch stieß nicht zuletzt die Schaffung bundesfinanzierter Geschichtsmuseen in Bonn und Westberlin, die vielfach als Versuch kritisiert wurde, eine affirmative nationale Meistererzählung und Identität ›von oben‹ zu verordnen.

In den gedächtnispolitischen Debatten der 1980er-Jahre, und kulminierend im ›Historikerstreit‹, offenbarte sich der notorische Antagonismus zweier historischer Sinnbildungsmuster, die Edgar Wolfrum als ›Normale-Nation-Identität‹ und ›Holocaust-Identität‹ bezeichnet hat. Wollten die Einen über die NS-Vergangenheit hinweg an ›gute‹ Nationalgeschichte anknüpfen, betonten die Anderen Auschwitz als ›Zivilisationsbruch‹, über den eben nicht hinweggegangen werden dürfe, um deutsche Geschichte und Identität zu ›normalisieren‹.

In zivilgesellschaftlicher Regie entstand damals eine vielfältige Gedenklandschaft, die auf die NS-Verbrechen und ihre Opfer, aber auch auf ein breites Spektrum anti-nazistischen Widerstandes verwies. Gegen nach wie vor beträchtliche Widerstände

wurde der öffentliche Raum der Bundesrepublik somit als postnationalsozialistischer Raum definiert. Mithilfe ideeller und finanzieller Unterstützung sympathisierender Kommunen, Parteien, Organisationen und einzelner Bundesländer konnten Gedenkstätteninitiativen ihre Arbeit mancherorts verstetigen, Vernetzungstreffen beförderten überregionale Austausch- und Reflexionsprozesse.

Wir wissen nicht, wie sich diese Gedenkstättenlandschaft weiter entwickelt hätte. Mit dem unerwarteten Zusammenbruch der DDR und der Vereinigung veränderte sich die gedächtnispolitische Großwetterlage jedenfalls fundamental. »Rückkehr in die Geschichte«, »erwachsene Nation« und »doppelte Vergangenheit« lauteten die Schlagworte des nunmehr einsetzenden historisch-narrativen nation building. In der öffentlichen Debatte wurde in den 1990er-Jahren nach wie vor intensiv über deutsche Geschichte, speziell über den »richtigen« Umgang mit der NS-Vergangenheit verhandelt. Auf staatlicher Ebene entspann sich unterdessen ein völlig neuartiger gedächtnispolitischer Ordnungs- und Regulierungsdiskurs.

In diesem Kontext erfuhren auch NS-Gedenkstätten eine Aufwertung, die in eine dauerhafte staatliche Förderung mündete. Dafür war allerdings in ideeller Hinsicht ein hoher Preis zu zahlen. Zusammen mit Gedenkstätten an das DDR-Unrecht wurden sie in eine nationale Meistererzählung integriert, mit der sich die neue Bundesrepublik ex negativo legitimierte. Im Bericht der zweiten Enquetekommission des Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, in deren Rahmen auch eine Gedenkstättenkonzeption vorbereitet werden sollte, wurde »[d]ie Bedeutung von Erinnern und Gedenken für das nationale und demokratische Selbstverständnis der Deutschen« 1998 schließlich wie folgt beschrieben: »Am Ende des 20. Jahrhunderts müssen die Deutschen mit der Erinnerung an zwei deutsche Diktaturen und ihre Opfer leben. Die Notwendigkeit von Aufarbeitung und Erinnerung an die beiden Diktaturen ist heute Teil des demokratischen Selbstverständnisses im vereinten Deutschland. Die Erinnerung an die beiden Diktaturen, die die Feindschaft gegen Demokratie und Rechtsstaat verbunden hat, schärft das Bewusstsein für den Wert von Freiheit, Recht und Demokratie. Dies, wie die notwendige Aufklärung über die Geschichte der beiden Diktaturen, ist der Kern des antitotalitären Konsenses und der demokratischen Erinnerungskultur der Deutschen.«

Mit der Bundestagsentscheidung für den Bau eines Holocaust-Mahnmals im Berliner Regierungsviertel und dem nahezu gleichzeitigen Inkrafttreten der ersten Gedenkstättenkonzeption des Bundes 1999 ist das Gedächtnis an die NS-Verbrechen Bestandteil einer präskriptiven Gedächtnis- und Identitätspolitik »von oben« geworden, die naturgemäß nicht auf kontinuierliche »Selbstbeunruhigung« zielt. Die einstmals völlig anders gemeinte Sinnfigur des historischen Bruchs wurde darin zum Ausgangspunkt für eine nationale Läuterungs- und Überwindungserzählung, die durch das Gedächtnis an die DDR zusätzlich beglaubigt werden konnte – war deren Überwindung doch immer schon bundesrepublikanische Raison d'être.

NS-Gedenkstätten als gallisches Dorf?

Ich will hier weder bundesrepublikanische Errungenschaften in Sachen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie infrage stellen noch die Notwendigkeit eines öffentlichen Gedächtnisses an die DDR bestreiten – wobei ich allerdings meine, dass auch dieses nicht zum Zweck der Gegenwartsaffirmation dienen sollte. Vielmehr geht es mir darum, noch einmal nachdrücklich vor Augen zu führen, dass NS-Gedenkstätten heute in

eine Gedächtnislandschaft eingebunden sind, die historischen Sinn zunehmend entlang einer einigermaßen unterkomplexen Dichotomie von ›Demokratie‹ und ›Diktatur‹ organisiert, wobei deutsche Geschichte mehr und mehr auf die ›Berliner Republik‹ als Happy End orientiert wird.

Ohne, dass das noch auf nennenswerte Kritik gestoßen wäre, wurde 2008 ein nationales Freiheits- und Einheitsdenkmal in die Gedenkstättenkonzeption (!) aufgenommen. Inmitten der Hauptstadt und unweit des Holocaust-Mahnmals soll es als »Ort der Erinnerung an die positiven Ereignisse der jüngeren deutschen Geschichte« fungieren. Dabei soll es nicht nur auf 1989/90 verweisen, sondern auch »die freiheitlichen Bewegungen und die Einheitsbestrebungen der vergangenen Jahrhunderte würdigen«. Deutsche Geschichte als jahrhundertelanges, zu guter Letzt erfolgreiches Ringen um Freiheit und Einheit, mit zwei unglücklichen Ausrutschern ins Totalitäre? Die Initiatoren dieses Denkmals haben jahrelang für ihr Projekt gekämpft. Wer ihren engagierten Diskurs kennt, weiß, dass es darin ganz explizit um eine dialektische ›Aufhebung‹ negativer deutscher Geschichte in den Ereignissen von 1989/90 ging, also um nichts geringeres als das exakte Gegenteil der Adornoschen ›Heillosigkeit‹.

In Anbetracht dieser neuen alten Sehnsucht nach metaphysischer Heilung und konsensualer Identität, für das das nationale Freiheits- und Einheitsdenkmal ja nur eines von vielen Symptomen ist, stellt sich die Frage, ob die Geschichte der bundesrepublikanischen NS-Gedenkstätten wirklich die ›Erfolgsgeschichte‹ ist, als die sie immer wieder dargestellt wird. Oder vielmehr: was hier eigentlich unter ›Erfolg‹ zu verstehen wäre. Natürlich ist in den letzten 25 Jahren manches verhindert und sehr viel erreicht worden, an erster Stelle die Sicherung und Stabilisierung historischer Tat- und Leidensorte als Orte des Gedenkens und kritischen historischen Lernens, die ja auch vielen Überlebenden ein Anliegen waren. Während aber die Akteure und Akteurinnen vor Ort auf deren immer virtuosere Ausgestaltung fokussieren, verschiebt sich ringsum die gedächtnispolitische Tektonik – und es wäre illusorisch, zu glauben, dass man in einem solchen Ambiente bestehen kann, ohne davon affiziert zu werden.

NS-Gedenkstätten können nicht als gallisches Dorf überleben. Wenn sie Orte eines widerspenstigen Gedächtnisses bleiben wollen, das auch gegenwärtige Verhältnisse immer wieder gegen den Strich bürstet und fragend bricht, stehen sie vor der Herausforderung, ein solches Gedächtnis unter veränderten Bedingungen neu zu formulieren. Auch jenseits finanzieller Verteilungskämpfe müssen sie zudem zu einem öffentlich vernehmbaren gedächtnispolitischen Player werden, der offensiv für die kritisch-reflexive Geschichtskultur eintritt, auf die eine demokratische Gesellschaft angewiesen ist. Nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass ihnen mit den Überlebenden eine wichtige Lobby schwindet, sollten sie dabei auch die Diskussion und das Bündnis mit interessierten ›Laien‹ im In- und Ausland suchen. Die mögen nicht alle Historiker und Historikerinnen sein und eigensinnige Motive haben. Aber es ist ja gerade das mitunter auch konflikthafte Zusammentreffen unterschiedlicher Erfahrungs- und Erwartungshorizonte und kontroverser Deutungsmuster, in dem Gedächtnis lebendig bleibt.

Cornelia Siebeck, Historikerin, forscht und publiziert zu gedächtnispolitischen und -kulturellen Fragestellungen, mit einem Fokus auf historischer Sinnbildung im öffentlichen Raum. Sie lehrt an der Ruhr-Universität Bochum und der Humboldt-Universität Berlin.

Mehr Gegenwart in die Gedenkstätten!

ERINNERUNGSORTE IN ZEITEN
DES MEMORY-DRAINS UND DER ENTPOLITISIERUNG

Harald Schmid

»(...) manchmal kostet es mehr Anstrengung, dem Neuen, das im Verborgenen wächst, auf die Spur zu kommen, als die Katastrophen, die selbst Blinde sehen, zu beschreiben.«
Karl Schlögel

In genereller Hinsicht ist die Diskussion um Erinnerungskulturen und Gedenkstätten eine Art Dauerbrenner der öffentlichen Wahrnehmung von Geschichte, genauer der Geschichte des Nationalsozialismus und dessen Verbrechen. In dieser Perspektive sind Gedenkstätten gleichsam ein Indikator für den Stand der Dinge in der Auseinandersetzung mit der Hitler-Zeit und deren Repräsentation – an keinem anderen Ort in dieser Gesellschaft hat sich die Wandlung vom einst nach Kriegen und Verheerungen üblichen Vergessensimperativ zum selbstreflexiven Erinnerungsprojekt so sichtbar und dauerhaft kristallisiert.

Der Berliner Historiker Wolfgang Benz hat einmal gesagt, die deutschen Gedenkstätten zur Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus seien für die Politik hierzulande »ungeliebte Kinder«. Das war Mitte der 1990er-Jahre. Inzwischen hat sich der Gegenwind zum Rückenwind gedreht, sind doch die historischen, mithin authentischen Stätten – um im Bild zu bleiben – Liebling geworden: für die Öffentlichkeit, für die Politik ebenso wie für die Wissenschaft. Die nun umworbenen und geförderten Gedenkstätten und Erinnerungsorte stehen im Zentrum dessen, was seit einiger Zeit als Erinnerungskultur bezeichnet wird. Es geht in diesem Feld um Fragen der individuellen und kollektiven Selbstverständigung im Medium der Geschichte, um die Gegenwartsbedeutung derselben und auch um manifeste Interessen der beteiligten Akteure im Umgang mit dieser Geschichte.

Gedenkstätten verändern sich – die Arbeit an den historischen Orten ebenso wie deren gesellschaftliche Funktion. Auch der öffentliche Blick auf diese Einrichtungen unterliegt einem Wandel. Dadurch werden die Relationen zur Gesellschaft neu bestimmt. In einer vielfach im Umbruch befindlichen, mitunter – wie in der jüngsten Überdrußrhetorik – scharf kritisierten Erinnerungskultur stellt sich heute auch die Frage, ob die Gedenkstättenarbeit einer Neuorientierung bedarf. Ist das Selbstverständnis noch auf der Höhe der Zeit? Oder gar: Wozu und wie lange brauchen wir diese Bildungseinrichtungen noch?

In der Mitte der Gesellschaft angekommen

Die Gründergeneration der (westdeutschen) Gedenkstätten war durch ein starkes politisch-moralisches Engagement geprägt. Im Mittelpunkt desselben stand einerseits die Aufklärung über die NS-Terrorherrschaft und, eng verknüpft damit, der Versuch, den Opfern des »Dritten Reiches« wenigstens durch diese Arbeit historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Auf der anderen Seite bildete die Auseinandersetzung mit einer in dieser Hinsicht oft widerwilligen Gesellschaft ein wesentliches Movens, ja war eine prominente Quelle dieser Mentalität: Die lange vorherrschende ablehnende Haltung

gegenüber diesen historischen Orten war Provokation und Motor der »Gedenkstätten-Bewegung« zugleich. Hier lag die spezifisch kritische Funktion, die die Gedenkstätten lange Zeit innehatten.

Die zeitgeschichtliche Pointe sieht man heute deutlicher: Diese kritische Funktion war unmittelbar mit der Ablehnung respektive demonstrativen Distanz des Gros der politischen Elite gegenüber den Gedenkstätten und in großen Teilen der Bevölkerung verknüpft. Doch mit dem Übergang zu einer grosso modo konsensualen Erinnerungskultur, in der die wichtigsten Akteure diese Aufklärungs- und Bildungsorte nicht mehr an den Rand drängen, sondern sie als materiales Zentrum der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit begreifen und fördern, hat sich die kritische Funktion der Gedenkstätten zur aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung weitgehend aufgelöst: Wo Erinnerung und Auseinandersetzung keine prinzipiellen gesellschaftlichen Widersprüche mehr finden, sondern vielfach gefördert, unterstützt und praktiziert werden, symbolisieren Gedenkstätten nicht mehr den Widerhaken im Fleisch der Verdrängung, sondern Orte primär affirmativer und legitimatorischer Funktion. Gleichsam in der Mitte der Gesellschaft anzukommen, war stets ein Ziel der Gedenkstättenarbeit; nun, da dies im Wesentlichen erreicht ist, stellt sich die Frage nach der Zukunft dieser Einrichtungen verstärkt.

Die großen Gedenkstätten sind gesellschaftlich etabliert und institutionell abgesichert. Grundlage dieser späten Erfolgsgeschichte ist eine breite politische und öffentliche Anerkennung, die sich im Kern auf einen weitreichenden Elitenkonsens stützt, der diese Einrichtungen als unverzichtbaren Teil der hiesigen Kultur(politik) versteht – und sie ihrer früheren kritischen Funktion beraubt. Anders sieht die Lage für die mittelgroßen und kleineren Einrichtungen aus: Während es einem Teil gelang, durch die Projektförderung des Bundes mit der entsprechenden Koförderung aus dem Sitz-Bundesland einen Dauerbetrieb aufzunehmen, sind viele andere in einem nach wie vor ehrenamtlichen, oft nur mangelhaft geförderten und damit fragilen Status begriffen.

Für nahezu alle Gedenkstätten gilt dabei, wengleich in unterschiedlichem Ausmaß: Mit der seit den neunziger Jahren schrittweise aufgebauten finanziellen Förderung ist der Legitimations- und Professionalisierungsdruck für alle Akteure spürbar gestiegen. Auf Motivations- und Handlungsimpulse bezogen hat dies zur Folge, dass weniger die vormalige staats- und gesellschaftskritische Politisierung der Gedenkorte am Ende der Handlungskette steht, sondern die staatsnahe Effizienz der Vermittlungsarbeit im Sinne der Geldgeber. Ein geschichtspolitischer und erinnerungskultureller *Circulus vitiosus*, aus dem es kaum ein Entrinnen zu geben scheint, wird er doch nicht nur von den Geldströmen, sondern auch vom Generationenwechsel befördert.

Die Vermittlung der NS-Geschichte hat infolge des finanziellen und politischen Förderungsschubs der letzten beiden Jahrzehnte sowohl qualitativ wie quantitativ einen Sprung absolviert: hinsichtlich der Zahl von Gedenkstätten und Erinnerungs-orten ebenso wie der Bildungsarbeit. Die historische Realität des Nationalsozialismus wird dadurch an diesen Orten heute vielfältig thematisiert. Dabei haben sich in der Bildungsarbeit eine Reihe von Akzentuierungen und Verschiebungen ergeben: ein starker Bedeutungszuwachs der »zweiten Geschichte« der nationalsozialistischen Diktatur, eine zumindest an den großen Einrichtungen bestimmende Internationalisierung der Arbeit, zudem eine Annäherung an Fragestellungen der Gegenwart.

Zu konstatieren ist auch eine Erweiterung des Selbstverständnisses: von der bloßen Konzentration auf KZ-Gedenkstätten hin zu einem breiteren Verständnis von Erinnerungsorten des Nationalsozialismus. Diese Verschiebung bildet das inzwischen weit differenziertere Geschichtsbild nicht nur der Wissenschaft, sondern auch in Politik und Öffentlichkeit ab, in dem sowohl die verschiedenen Opfergruppen und Verbrechenorte als auch die Tätergeschichte des Nationalsozialismus ihren Platz gefunden haben.

Die tragende Mentalität der Gedenkstättenarbeit hat sich erkennbar verbreitert. Sie hat sich von der leidenschaftlichen und politisierten Ehrenamtlichkeit um die abgeklärt-nüchternere Professionalität respektive Hauptamtlichkeit erweitert. Dies ist auch ein Ergebnis des Generationenwechsels, der in- und außerhalb der Gedenkstätten in vollem Gange ist. Er berührt zum einen die Frage des Personals innerhalb der Einrichtungen, zum anderen die manische Jugendfixiertheit des Erinnerungsdiskurses besonders in der Politik.

Alte Pfade, neue Pfade

Die großen übergreifenden erinnerungskulturellen Strukturveränderungen wie das »Verstummen der Zeitzeugen« und der inzwischen 70 Jahre und mehrere Generationen umfassende Zeitabstand zum Ende des Nationalsozialismus laufen auf einen gemeinsamen Wirkungspunkt zu: dass diese Geschichte einer rassistischen Diktatur, ihrer Bedingungen, Opfer und Täter lebensweltlich immer vermittelter, dadurch für die Gegenwart vermutlich immer folgenloser wird. Dieser soziokulturelle Memory-Drain – primäre Erinnerung der Erfahrungsgenerationen wandelt sich zum kulturellen Gedächtnis der Nachgeborenen – markiert den Rahmen aller künftigen Überlegungen: Die für die Bildungsarbeit noch zur Verfügung stehenden, gebrechlichen Überlebenden werden immer weniger; dadurch sind die nachfolgenden Generationen sozusagen zunehmend alleine mit dieser Geschichte. Das heißt: Die familienbiografische Erinnerung ist größtenteils längst brüchig, primäre eigene Erinnerung an den Nationalsozialismus kaum mehr existent in den Familien – die Töchter und Söhne der Erlebnisgeneration von 1933 bis 1945 sind mittlerweile selbst längst Großmütter und -väter. Nachkommende Generationen wachsen so in eine relativ entpolitisierte, nachhaltig von Migration geprägte Gesellschaft hinein, die freilich den Nationalsozialismus und die Erinnerung daran anhaltend stark moralisiert. Verstärkt werden solche strukturellen Umbrüche insbesondere durch die Medialisierung der Erinnerungskultur, die den Nationalsozialismus oft in einer höchst ambivalenten, gleichwohl quotenträchtigen Doku-Fiction-Mischung darbringt.

Vor diesem Hintergrund, so die hier vertretene These, wird sich die Gedenkstättenarbeit in den kommenden Jahren verstärkt einer Neudefinition ihres Verhältnisses zur gesellschaftlichen Gegenwart und damit auch zur NS-Geschichte stellen müssen. Zentraler Aspekt ist dabei die Frage, in welchem Verhältnis die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus zu den Staatsverbrechen, Kriegen und Konflikten der Gegenwart steht: historisch, geschichtspolitisch und erinnerungskulturell. Soll, und wenn ja wie, diese Gegenwart konzeptionell und aktiv in die Gedenkstättenarbeit integriert werden? Oder genügt es, eher passiv auf die Impulse aus der gesellschaftlichen Gegenwart, die durch die Besucherinnen und Besucher in die Gedenkstätten kommen, zu reagieren? Pointiert gefragt: Erhöht ein Schweigen zu aktuellen Großverbrechen die Glaubwürdigkeit der Gedenkstätten? Genügt der Bezug auf die braune Diktatur und ihre Verbrechen in

Zeiten allgemeiner Entpolitisierung und des fehlenden direkten familienbiografischen »Kontakts« zur NS-Zeit noch, um die Bedeutung dieser Epoche deutscher Geschichte für das Deutschland von heute evident werden zu lassen?

Wenn sich gesellschaftliche Grundlagen ebenso wie die Prozesse, Akteure und Ressourcen der Gedenkstättenarbeit und -politik verändert haben, ist es auch an der Zeit, Ziele und Strategien zu überdenken. Tragen alte Gewissheiten und damit auch alte Pfade der Gedenkstättenarbeit noch? Worin könnte eine aktualisierte Grundlage bestehen, wie könnten neue Pfade aussehen? Dabei geht es nicht um ein Generalrevidement, sondern um eine nüchterne, auch selbstkritische Bilanz: Wozu brauchen wir Gedenkstätten und Erinnerungsorte nach über 65 Jahren ebenso erfolg- wie konfliktreicher Demokratisierung – noch oder wieder? Als postdemokratische Instrumente zur Förderung der Akzeptanz und Verteidigungsbereitschaft der universellen Menschenrechte? Gibt es auch gleichsam selbstlegitimierende Mythen dieser Orte?

Das »historische Standbein« der Stätten wird stets das wichtigste bleiben. Aber wie können sie angesichts der oben angedeuteten erinnerungskulturellen Umbrüche fortgesetztes gesellschaftliches Interesse wecken und ihre zentrale Bedeutung für den historisch-politischen Diskurs erneuern? Um den gesellschaftlichen Ort der Gedenkstätten neu zu bestimmen, sei hier für das prozessuale Credo »Mehr Gegenwart in die Gedenkstätten!« geworben: Mit diesem »aktuellen Spielbein« könnte der Spagat zwischen immer größerer generationeller und gesellschaftlicher Distanz zur Vergangenheit einerseits und gegenwärtig brennenden Fragen von Staatskriminalität, Massenmord, Aufarbeitung und historischer Gerechtigkeit andererseits gelingen.

Ge-Denkstätten als Laboratorien historisch-politischer Orientierung

In diesen Stätten geht es primär um Geschichte. Um eine Geschichte, die nicht nur für Deutschland eine symbolische Bedeutung hat: Hitler, »Machtergreifung«, »Reichskristallnacht«, Auschwitz/Holocaust sind längst zu global verständlichen Chiffren für ein charakteristisch modernes Großverbrechen geworden. Bezüge, Analogien und Vergleiche zu anderen, auch aktuellen Ereignissen makrokrimineller Art werden immer wieder hergestellt – anders können wir uns im historisch-politischen Raum gar nicht orientieren, anders können wir uns der Unterschiede nicht bewusst werden. Dies wirft auch für Gedenkstätten die Frage auf: Geht es in ihnen auch um Gegenwart, um die heutige Gesellschaft hierzulande und in anderen Weltregionen, ihre Bedrohungen und Konflikte? In welchem Verhältnis stehen Gedenkstätten zu den großen Verbrechen und Gewalteskalationen unserer Zeit – spielen diese eine tragende Rolle für Selbstverständnis und Bildungsarbeit?

Gewiss, eine Gedenkstätte zum Nationalsozialismus ist zuvorderst ein zeitgeschichtliches Museum mit angeschlossener Bildungsarbeit am historischen Ort. Die Hauptgrundlage des Ansehens und der Glaubwürdigkeit von Gedenkstätten ist dabei ihre aufklärerisch-dokumentarische Funktion in Verbindung mit der Anwaltschaft für die Opfer des NS-Regimes und eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Epoche. In diesem Selbstverständnis, das auch ein Programm legitimen Handelns enthält, ist eine allzu direkte politische Thematisierung von Gegenwart nicht vorgesehen.

Das Dilemma lässt sich so beschreiben: Sobald sich Gedenkstätten aktiv in geschichtspolitische Debatten einmischen und so die politisch zurückhaltende museal-wissenschaftliche und pädagogische Grundhaltung mit nur indirekt-moderater Gegen-

wartsthematisierung aufweichen, werden sie sich neuartigen Konflikten ausgesetzt sehen, die ihre staatsnahe Geschäftsgrundlage berühren. Zwei seien hier nur angedeutet: Zum einen könnte damit der erreichte, relativ große Konsens über die gesellschaftliche Bedeutung der Einrichtungen gefährdet sein; zum anderen könnten Auseinandersetzungen mit Geldgebern und Unterstützern – Bund, Länder, Kommunen, Kirchen, Vereine, Stiftungen, Beiräte – auf die Agenda gelangen, die sich durch politische Artikulationen im Rahmen der Gedenkstättenarbeit mit kontroversen Positionen konfrontiert sähen, die das Einvernehmen beträchtlich störten. Hier liegen bemerkenswerte Parallelen zur Staat-Kirchen-Problematik – die Nähe zum und Abhängigkeit vom Staat führt zur Abschwächung ethisch-moralischer Handlungsimpulse. Auch die Gedenkstätten sind in dieser »Falle«, die faktisch auf ein Schrumpfen ihrer Autonomie hinausläuft. Diese Autonomie zu stärken, nicht nur durch wohlfeile Appelle, sondern durch Mut zu eigenem Handeln auch auf ungewohnten Pfaden, kann ein Weg aus der skizzierten Lage darstellen.

Es geht um nichts weniger als um eine vordergründige (Re-)Politisierung der Gedenkstätten, vielmehr um ihre zeitgemäße Aufwertung als gesellschaftliche Akteure: zur Wahrnehmung ihrer Interessen, zur autonomen Gestaltung ihrer Bildungsarbeit aus der Perspektive der historisch beleuchteten Gegenwart. In diesem Sinne sollten sich Ge-Denkstätten als Laboratorien geschichtlich fundierter, gegenwartsbezogener Bildungsarbeit begreifen. Das kann vieles bedeuten und soll hier nicht kurzschlüssig ausbuchstabiert werden, bedarf vielmehr einer intensiven Debatte. Im Mittelpunkt einer solchen Neuorientierung aber sollte stehen: Gedenkstätten brauchen – metaphorisch gesprochen – einen Anbau, in dem die Auseinandersetzung mit der traumatischen Geschichte der Hitler-Diktatur eine Fortsetzung findet in der Auseinandersetzung mit der Gegenwart.

Lernen aus der Geschichte, historisches Lernen, reflektiertes Geschichtsbewusstsein – so lauten die zentralen didaktischen Stichwörter. Sie zeugen auch davon, dass die Geschichtswissenschaft bislang diese Diskussionen fachlich und politisch geprägt hat. Vor allem aber verweisen sie darauf, dass die gesellschaftliche Gegenwart das Ziel der Auseinandersetzung darstellt – das ist der Gegenpol zur Musealisierung! Die in den heutigen Gedenkstätten meistens mit großem Aufwand betriebene Historisierung des Nationalsozialismus bedarf vielfältiger Brückenschläge zur Gegenwart. Dies könnte auch der verbreiteten Überschätzung der historischen Stätten als Orte gewissermaßen eines Gegenzaubers zur scheinbar permanent drohenden Vergessensgefahr entgegenwirken.

Sich weit stärker als bisher zur Gegenwart und ihren mitunter Angst einflößenden Herausforderungen zu öffnen, löst unweigerlich Vorbehalte und Abwehr aus: Dürfen die Verbrechen des Nationalsozialismus so einfach mit heutigen Verbrechen verglichen oder gar in einem Atemzug genannt werden? Ja, sie müssen! Wie sonst können wir diese Geschichte in einen Bezug zum Heute setzen? Ohne Vergleich, keine Erkenntnis! Was – in einem politisierten Fehlverständnis wissenschaftlicher Methodologie und als Ausdruck des historisch gut begründeten Singularitätstheorems – zum informellen Vergleichsverbot mutiert ist, hat pädagogisch nicht zur Öffnung der Diskurse, sondern eher zur Ideologisierung – und damit zur Erkenntnis-scheu geführt. Wohlgermerkt, geschichtspolitisch aus meist guten Gründen, da es im gesellschaftlichen Diskurs ja immer auch um Deutungshoheiten und damit um politisch-normative Hierarchien geht – wer dies in Abrede stellen wollte, wäre naiv.

Die plakative Parole »Mehr Gegenwart in die Gedenkstätten!« zielt auf die eng miteinander verwobene, gleichsam doppelseitige Auseinandersetzung: historische Aufklärung und aktuelle Herausforderungen programmatisch und damit stärker als bisher miteinander »ins Gespräch« zu bringen. Der viel gescholtene Martin Walser meinte kürzlich: »Wir können nichts mehr gutmachen. Nur versuchen, weniger falsch zu machen.« Ein unpathetisches, gleichwohl anspruchsvolles Ziel.

Dr. Harald Schmid, Politikwissenschaftler und Historiker, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten und Mitglied im Sprecherrat der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein. Er ist Vorstandsmitglied im Arbeitskreis »Politik und Geschichte« der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft sowie Mitherausgeber von »Jahrbuch für Politik und Geschichte«.

Die Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt an der Weinstraße

Martina Ruppert-Kelly und Eberhard Dittus

»In Neustadt an der Haardt (heute: Neustadt an der Weinstraße) errichteten die Nationalsozialisten im März 1933 ein Arbeits- und Konzentrationslager. Es war eines der ersten in Deutschland. Bis zur Schließung des Lagers (...) waren über dreihundert¹ hauptsächlich politische Häftlinge in diesem Lager inhaftiert. Der Förderverein ›Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt e.V.‹ sieht seine Aufgabe darin, die Erinnerung an das Geschehen wach zu halten, indem er dazu beiträgt, dass die Gedenkstätte ein Ort ist, an dem Lernen für Gegenwart und Zukunft stattfinden kann. Eine handlungsorientierte Vergegenwärtigung der Menschenrechte steht dabei im Zentrum der pädagogischen und historischen Arbeit.«²

Seit 2013 besteht in Neustadt an der Weinstraße eine Gedenkstätte am Ort eines frühen Konzentrationslagers der Nationalsozialisten. Seitdem haben rund 1000 Besucherinnen und Besucher diesen Gedenkort besucht.

Eine Liste schreibt Geschichte – Die Entstehung der Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt an der Weinstraße

Im Oktober 2000 hielt der Neustadter Diakon und Religionspädagoge Eberhard Dittus erstmals eine Namensliste mit »Insassen des Konzentrationslagers Neustadt an der Haardt im März 1933« in Händen. Geschickt hatte sie ihm die Tochter eines der ehemaligen Häftlinge. Gemeinsam mit einer Gruppe von Konfirmanden machte sich Eberhard Dittus danach auf Spurensuche in Neustadt. Die Jugendlichen wollten mehr erfahren über das Schicksal dieser Männer und die Geschichte ihrer Stadt in der Zeit des Nationalsozialismus. Aus diesen Recherchen erwuchs die Idee, im bisher ungenutzten ehemaligen Gefängnisgebäude der Turenne-Kaserne eine Gedenkstätte mit Geschichtswerkstatt einzurichten. Eberhard Dittus präsentierte seine Idee anlässlich einer Gedenkveranstaltung zum 27. Januar 2009 sowohl dem Eigentümer, der Hornbach Holding AG als auch der Stadt Neustadt. Für Albrecht Hornbach, den Vorstandsvorsitzenden der Holding, war diese »dunkle« Vergangenheit des neu erworbenen Kasernen-Areals »... eine erschreckende Erkenntnis. Gleichzeitig verlangte dies eine Auseinandersetzung mit dem Thema – wie ich überhaupt davon überzeugt bin, dass wir Deutschen mit zunehmender zeitlicher Entfernung zur jüngeren Vergangenheit uns nicht von dieser wegstehlen dürfen, sondern uns weiterhin mit der Zeit der Hitler-Diktatur auseinandersetzen müssen. Dies vor allem dann, wenn wie hier neue Informationen ans Tageslicht kommen. Aus dieser Überzeugung heraus haben wir dann auch der Einrichtung einer Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt im ehemaligen Gefängnis der Kaserne zugestimmt, weil wir mit voller Überzeugung hinter dem Projekt »Gedenkstätte für NS-Opfer« stehen.«³ Auch die Stadt Neustadt signalisierte Unterstützung, und so konnte bereits einige Monate später, am 4. November 2009 in Neustadt an der Weinstraße in den Räumen der Hornbach AG der Förderverein ›Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt e.V.‹ gegründet werden. Die Hornbach Holding AG, selbst Mitglied im Förderverein, erklärte sich bereit, dem Verein das ehemalige Kasernengefängnis unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, um dort eine Gedenkstätte einzurichten. Der



Das Logo der Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt. Foto: FV für NS-Opfer in Neustadt



neu gewählte Vorstand des Vereins machte sich nun in verschiedenen Arbeitsgruppen ans Werk: Es mussten ein inhaltlich-pädagogisches Nutzungskonzept erstellt, bauliche Maßnahmen geplant und Finanzierungsmöglichkeiten gesucht werden.

Kurz nach der Vereinsgründung und einigen Presseberichten entbrannte eine Diskussion um die Benennung dieses historischen Ortes. Die Bezeichnung »Konzentrationslager« hielten einige Bürger und Lokalhistoriker für »irreführend« und befürchteten eine Stigmatisierung ihrer Stadt. Sie schlugen Begriffe wie »Schutzhaftlager«, »Internierungslager« oder gar »Regionales Übergangslager – sogenanntes Schutzhaftlager« vor.⁴ Durch Einholung von Expertisen von Dr. Carina Baganz⁵ (TU Berlin) sowie durch Angelika Arenz-Morch vom NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz in Osthofen konnten diese Argumente entkräftet werden, so dass sich nun die Bezeichnung »Frühes Konzentrationslager« durchgesetzt hat. Die Diskussion hat allerdings auch gezeigt, dass es in Neustadt einen großen Bedarf gibt, die NS-Geschichte der Stadt aufzuarbeiten.

Unterstützung erfuhr der Verein von vielen Seiten: Das Land Rheinland-Pfalz genehmigte Fördermittel aus dem Investitionsstock, die Stadt Neustadt stellte Gelder für die Sanierung des Gebäudes zur Verfügung. Auch die Hornbach Holding AG leistete einen erheblichen Beitrag zur Sanierung durch die Bereitstellung von Know-how und Spendengeldern. So konnten allein in die Sanierung des Gebäudes rund 100 000 Euro investiert werden. Die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz stand bei der inhaltlichen Ausgestaltung beratend zur Seite und für die Ausstattung der Gedenkstätte konnten schließlich auch Finanzmittel der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Rheinland-Pfalz genutzt werden. Außerdem erhielt der Verein von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, von Firmen sowie von Angehörigen der ehemaligen Häftlinge Sach- und Geldspenden. Und nicht zuletzt brachten viele Mitglieder des Vereins ihre Zeit und Arbeitskraft mit ein.

So konnte am 10. März 2013, 80 Jahre nach der Einrichtung des Konzentrationslagers, die Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt eröffnet werden.

Der historische Ort: Das Konzentrationslager in Neustadt an der Haardt (März/April 1933)

In Bayern und somit auch in der bayerischen Pfalz übernahmen die Nationalsozialisten am 9. März 1933 die Regierungsgewalt. Die von Dr. Heinrich Held geführte Regierung der Bayerischen Volkspartei (BVP) wurde abgesetzt und floh aus der Landeshauptstadt München. Wie in großen Teilen des Deutschen Reiches wurde auch in der Pfalz dieses



Der überdachte Licht-
hof der Gedenkstätte
mit der Ausstellung
»März–Mai 1933:
Unterdrückung mit
System im frühen
Konzentrationslager
Neustadt –
Orte, Täter, Mitläufer
und Häftlinge.
Foto: Robert Schuseil

Ereignis mit großen Aufmärschen gefeiert und demonstrativ auf öffentlichen Gebäuden die Hakenkreuzfahne aufgezogen. Zeitgleich mit diesen Feierlichkeiten begann die Verfolgung der politischen Gegner der Nationalsozialisten. Die neuen Machthaber wollten »im Interesse der öffentlichen Sicherheit« alle kommunistischen Funktionäre und Reichsbannerführer in Schutzhaft nehmen und Waffensuchungen vornehmen.⁶ In Neustadt an der Haardt setzten die Verantwortlichen diese Anordnung vom 10. März 1933 sofort um: Noch am gleichen Tag wurden 32 politische Gegner in Schutzhaft genommen.⁷ Diese Häftlinge wurden zum Teil im Amtsgerichtsgefängnis in der Lindenstraße untergebracht, ein Teil wurde aber auch direkt in ein neu geschaffenes Konzentrationslager in einer ehemaligen Kaserne zwischen Neustadt und Speyerdorf (heute Turenne-Kaserne) eingeliefert.⁸ In dieser von den französischen Besatzungstruppen erbauten Kaserne befand sich bereits seit Oktober 1932 das Lager »Rheinpfalz«, eine Abteilung des Freiwilligen Arbeitsdienstes. Die Häftlingszahlen in dem neu geschaffenen Konzentrationslager schnellten bald in die Höhe. Bereits eine Woche nach der Einrichtung waren etwa 200 politische Gefangene dort untergebracht.⁹ Nur wenige Tage später meldete die Presse 275 bis 300 Häftlinge im »Schutzhaftlager Rheinpfalz«.¹⁰ Damit war das Lager wohl hoffnungslos überfüllt, denn ein geplanter Häftlingstransport aus Landau wurde wegen der Überbelegung des Neustadter Lagers nicht durchgeführt!¹¹

Die Häftlinge waren politische Gegner des Nationalsozialismus, Funktionäre der KPD, der SPD, der SAP und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, aber auch Mitglieder der Naturfreunde, der Gewerkschaften, des Rotfrontkämpferbundes und der Separatisten-Bewegung. Sie stammten nicht nur aus Neustadt, sondern aus allen Teilen der Pfalz, besonders aus Kaiserslautern, Pirmasens und dem Raum Kusel wurden Schutzhaftlinge in das Neustadter Lager eingeliefert.¹² Nach heutigen Erkenntnissen wurden etwa 500 Häftlinge¹³ aus über 80 Städten und Gemeinden der Pfalz¹⁴ im Konzentrationslager Neustadt inhaftiert.

Die Bewachung des Lagers übernahmen SA- und SS-Leute, die ebenfalls, neben Angehörigen des Arbeitsdienstes und den Schutzhaftlingen, in einem Block des großen Kasernengeländes untergebracht waren.¹⁵ Ca. 200 SA- und SS-Leute sowie Mitglieder des Stahlhelms nahmen dort an Fortbildungsmaßnahmen und Lehrgängen teil. Ein Großteil der SS-Leute stammte aus einer Ludwigshafener SS-Einheit. Die Lehrgangsteilnehmer wurden zu Wachdiensten im Gefangenenlager herangezogen.¹⁶ Unterstellt waren die SA- und SS-Männer dem SA-Standartenführer Adam Durein, der jedoch

selten anwesend war. Das Kommando hatte dann der Sturmführer der Neustadter SS, Eugen Huber.¹⁷

Einen besonderen Stellenwert in der Forschung erhält das Konzentrationslager in Neustadt an der Haardt durch die Tatsache, dass die erste erhalten gebliebene Lagerordnung eines Konzentrationslagers aus Neustadt stammt. Diese Lagerordnung für politische Gefangene vom 18. März 1933 regelte den Tagesablauf und das Leben der Häftlinge im Lager. Unterzeichnet ist die Lagerordnung von Standartenführer Durein als dem Beauftragten für das Gefangenenlager.¹⁸ Im Arbeitsdienst wurden die Häftlinge eingesetzt beim Bau eines Flugplatzes im nahen Speyerdorf, aber auch für Arbeiten auf dem Kasernengelände selbst, da wohl nicht ausreichend Arbeit außerhalb vorhanden war.¹⁹ Diese Arbeiten wurden von den Wachleuten nicht selten dazu benutzt, die Häftlinge zu demütigen. So wurden besonders Intellektuelle zu körperlicher, für sie ungewohnter Arbeit herangezogen und dabei verhöhnt.²⁰

Über die Verpflegung der Häftlinge im Lager gibt es keine genauen Angaben, die zeitgenössische Presse schildert sie in den üblichen verharmlosenden Propagandaartikeln als »einfach, aber nahrhaft und ausreichend«²¹. Die Häftlinge wurden, gemeinsam mit den sie bewachenden SA- und SS-Leuten, aus der Küche des Freiwilligen Arbeitsdienstes mitversorgt. Dies brachte die Stadt Neustadt schnell in finanzielle Bedrängnis. In einem Schreiben an das Bezirksamt vom 17. März 1933 berichtete der kommissarische Bürgermeister von Neustadt, dass durch die Mitverpflegung der Häftlinge die Mittel des Freiwilligen Arbeitsdienstes völlig aufgebraucht wären und bat um Hilfe.²² Übernommen wurden die Kosten schließlich vom bayerischen Innenministerium, das am 26.04.1933 15.000 RM für das Lager »Rheinpfalz« anwies.²³

Nicht nur Schikane und Demütigung bei der Arbeit, sondern auch Misshandlungen waren im Neustadter Lager an der Tagesordnung. Ein Teil der Häftlinge wurde in schwerster Weise von den SA- und SS-Leuten durch Schläge mit Gummiknüppeln und Stahlruten misshandelt.²⁴ Ein Häftling wurde gezwungen, mit bloßen Händen einen verstopften Abort zu reinigen. Als er zögerte, erhielt er von einem SS-Mann einen Tritt ins Gesäß und einen Schlag mit einem Gummiknüppel auf den Kopf.²⁵ Ein anderer Häftling berichtet vom sog. Spießbrutenlaufen: Der Häftling musste durch ein Spalier aus SS-Leuten laufen und jeder schlug den Häftling mit einem Gummiknüppel. Besonders berüchtigt für solche Straffaktionen waren die SS-Leute aus Ludwigshafen²⁶, gegen die, zusammen mit Eugen Huber, nach 1945 auch ein Verfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingeleitet wurde.²⁷

Nach einem Besuch des pfälzischen Gauleiters Josef Bürckel am 18. oder 19. März 1933, bei dem dieser sich Beschwerden von Häftlingen vortragen ließ, sollen die Misshandlungen angeblich nachgelassen haben.²⁸

Der aufsehenerregendste Vorfall im KZ Neustadt ereignete sich am 16. März 1933. Der Neustadter Reichsbannerführer Hermann Zahm hatte den besonderen Argwohn der Wachmannschaft erregt, denn er wurde verdächtigt, an einem Anschlag auf zwei SA-Leute im Februar 1933 beteiligt gewesen zu sein. Er wurde vom ersten Tag seiner Haft an mit Stahlruten und Gummiknüppeln misshandelt und immer wieder vernommen. Aus Angst vor weiteren Misshandlungen sprang er nach einigen Tagen Haft aus einem Fenster im dritten Stock in den Hof. Er erlitt schwere Verletzungen an den Beinen, an drei Rückenwirbeln und am Kopf. Er musste ein Jahr und vier Monate im Krankenhaus behandelt werden und war danach zu 70 Prozent Invalide.²⁹

Das Konzentrationslager in der Neustadter Kaserne wurde vermutlich im April 1933 aufgelöst. Die Häftlinge wurden entlassen oder im Amtsgerichtsgefängnis untergebracht, um einem anderen Konzentrationslager zugeteilt zu werden.³⁰

Kaserne – Asylbewerberunterkunft – Konversionsprojekt (1934–2000)

Die von den Franzosen 1923 gebaute Kaserne wurde nach der Schließung des frühen Konzentrationslagers ab 1936 von der Wehrmacht vereinnahmt und zum Sitz einer Nachrichteneinheit. Nach Kriegsende wurden die Gebäude kurzzeitig zur Unterbringung ehemaliger Zwangsarbeiter genutzt, bis diese in ihre Heimat zurückkehren konnten. Danach zogen wieder französische Truppen in die Kasernengebäude und nutzten diese bis zum Abzug im Jahr 1992. Daraufhin wurden die leer stehenden Gebäude zur Unterbringung von Asylsuchenden, ab 1993 von bosnischen Kriegsflüchtlingen, genutzt.

Im Januar 2000 wurde das markante Gebäudeensemble der »Caserne Turenne« als bauliche Gesamtanlage unter Denkmalschutz gestellt. Ein Käufer wurde gesucht und mit der Hornbach Holding AG auch gefunden. Der Konzern entwickelte auf der rund 210 000 m² großen Konversionsfläche unter anderem ein Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel sowie Dienstleistungs- und Gewerbeflächen. Inzwischen beherbergen die 120 Jahre alten Gebäude neben dem Firmenstammsitz auch zwei Kindergärten, ein Fitness-Center, ein Generalkonsulat, Behörden und weitere Unternehmen.

Das »dunkle« Kapitel der Gebäudegeschichte als Konzentrationslager 1933 war dem Käufer zum Zeitpunkt des Erwerbs unbekannt – in Neustadt gab es bis Ende der neunziger Jahre keinerlei Aufarbeitung der NS-Geschichte der Stadt, die immerhin Sitz des pfälzischen Gauleiters Josef Bürckel und damit auch vieler Parteistellen und Behörden gewesen war.

Die Hornbach Holding AG übernahm in vorbildlicher Weise Verantwortung und unterstützte das »Projekt Gedenkstätte« von Beginn an. Sie wurde Gründungsmitglied im Förderverein und hat diesem das Gebäude des ehemaligen Kasernengefängnisses unentgeltlich für die Gedenkarbeit zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus hat sie den Verein großzügig bei den Renovierungs- und Ausbaumaßnahmen unterstützt.

Die Gedenkstätte heute

Das von Schülerinnen und Schülern der Berufsbildenden Schule Neustadt entwickelte Logo, ein roter Winkel hinter schwarzen Gitterstäben, weist den Besucherinnen und Besuchern den Weg durch das »Quartier Hornbach« zur Gedenkstätte im ehemaligen Kasernengefängnis. Durch ein eisernes Gittertor betreten Besucherinnen und Besucher den sogenannten Lichthof, einen langen Gang, der bei der Sanierung durch ein Glasdach überdeckt wurde, um so Fläche zu schaffen für die Ausstellung »März – Mai 1933: Unterdrückung mit System im frühen Konzentrationslager Neustadt – Orte, Täter, Mitläufer und Häftlinge«. Auf einem Tafelsystem in mehreren Ebenen erfahren die Besucherinnen und Besucher nicht nur etwas zum frühen Konzentrationslager in Neustadt, sondern werden auch informiert über die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in der Pfalz, Orte der Verfolgung in Neustadt und über handelnde Personen, wie z.B. auch den pfälzischen Gauleiter Josef Bürckel. Eine großformatige Karte gibt einen Überblick über die frühen Konzentrationslager im Deutschen Reich und ordnet das Neustadter Lager in einen größeren Gesamtkontext ein. Am Ende

des Lichthofs erreichen die Besucherinnen und Besucher den ehemaligen Waschraum sowie im Anschluss daran drei Einzelzellen, die bei der Sanierung weitestgehend im Originalzustand belassen wurden, um dem Betrachter einen Eindruck von den Haftbedingungen zu vermitteln. Zwar war in der Zeit des Konzentrationslagers der Großteil der Häftlinge in den größeren Gebäuden der Kasernenanlage gegenüber dem Gefängnis untergebracht, aber das Gefängnis wurde auch in dieser Zeit genutzt, um Häftlinge in verschärften Arrest zu setzen. Die Zellen werden nun genutzt zur Darstellung von Einzelschicksalen, als Raum für kleine Wechselausstellungen und die mittlere Zelle dient als Gedenkraum, in dem alle bekannten Namen der Häftlinge mit ihrem Wohnort und ihrem Beruf auf großen Fahnen präsentiert werden. Vor allem für Angehörige ehemaliger Häftlinge, die die Gedenkstätte besuchen, ist dieser Raum von zentraler Bedeutung. Sie bekommen bei einem Besuch auch die Möglichkeit, den Namen des Angehörigen farbig zu markieren als Zeichen des Erinnerns. Der Weg durch die Gedenkstätte führt weiter in die beiden Gemeinschaftszellen des Gefängnisses. Hier erlaubte die Denkmalschutzbehörde einen Mauerdurchbruch, sodass ein Rundgang durch die Gedenkstätte möglich ist. Diese beiden Räume dienen als eine Art »Geschichtswerkstatt«: Sie enthalten die Häftlingskartei – sowohl in Papierform in Aktenschränken als auch als Datenbank, die über eine PC-Station zugänglich ist. Auch Aktenmaterial zu den Tätern, sowie eine kleine Handbibliothek sind dort zu finden. Hier können Gruppen, die die Gedenkstätte besuchen, recherchieren und arbeiten. Dazu hat die Arbeitsgruppe »Pädagogik« des Fördervereins Rechercheaufträge und Arbeitsblätter entwickelt. Dieses Angebot soll weiter ausgebaut werden. Der Rundgang mündet in den größten Raum der Gedenkstätte, der multifunktional genutzt werden kann, z.B. zur Präsentation von Arbeitsergebnissen, für Gruppengespräche oder auch für kleine Veranstaltungen. Ergänzt werden die Räume durch eine Toilettenanlage und ein kleines Büro, sowie seit Kurzem durch Räumlichkeiten im gegenüberliegenden Gebäude des »Quartier Hornbach«, die als Abstell- und Lagermöglichkeit, aber auch zur Gruppenbetreuung genutzt werden. Betrieben wird die Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt ausschließlich durch ehrenamtliche Mitarbeiter, größtenteils Mitglieder des Fördervereins. So ist gewährleistet, dass die Gedenkstätte jeden Sonntag von 14 bis 16 Uhr für Besucherinnen und Besucher geöffnet ist. Zu anderen Zeiten sowie für Gruppen ist momentan der Besuch nur nach vorheriger Anmeldung möglich.

Zukunftsvision: eine Gedenktopografie für Neustadt an der Weinstraße

Die Eröffnung der Gedenkstätte hat in Neustadt dazu geführt, dass die Bereitschaft, sich mit dem NS-Kapitel der Stadtgeschichte auseinanderzusetzen, gestiegen ist. Allerdings kommen die größten Impulse dazu immer noch von außen. So hat im März 2014 im Saalbau, dem Neustadter Kongresszentrum, eine große Tagung mit dem Titel »Josef Bürckel. Nationalsozialistische Herrschaft und Gefolgschaft in der Pfalz« stattgefunden. Initiatoren waren die Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, das Landesarchiv Speyer und der Offene Kanal in Ludwigshafen. Kooperationspartner waren dazu aber auch der Historische Verein der Pfalz, der Förderverein für NS-Opfer in Neustadt und die Stadt Neustadt. Mit über 250 Teilnehmenden war die Tagung mehr als gut besucht, auch eine Nachfolgeveranstaltung im November 2014 fand großes Interesse. Angesichts dessen und der klaren und deutlichen Worte, die die Veranstaltenden fanden, wächst auch bei den Vertretern



Der Komplex der Turenne-Kaserne während der Zeit der französischen Besatzung in den 1920er-Jahren.
Foto: Stadtarchiv Neustadt an der Weinstraße

Die drei Einzelzellen des Kasernengefängnisses.
Foto: Ruth Ratter



Mitte links:
das Gebäude der ehemaligen Gestapo-Stelle in Neustadt an der Weinstraße.
Foto: Rolf Schädler

Die Geschichtswerkstatt mit Recherchemöglichkeiten in der Gedenkstätte.
Foto: Eberhard Dittus

der Stadt die Bereitschaft, mit der Aufarbeitung der NS-Geschichte von Neustadt zu beginnen.

So könnte in Zukunft eine Gedenktopografie entstehen, die maßgeblich von drei Säulen getragen wird: der Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt als Ort der frühen Verfolgung und der Erinnerung an die Opfer, der »Villa Böhm«, in der Josef Bürckel als Gauleiter der Pfalz von 1935 bis 1944 seinen Sitz hatte und in der die Geschichte der Täter erzählt werden könnte, und mit dem ehemaligen Sitz der Gestapo. Für die Gestapostelle Neustadt sind über 60 000 Karteikarten, sowie 12 000 Gestapo-Akten erhalten.³¹ Sie dokumentieren auf eindrucksvolle Weise das System von Denunziation und Verfolgung durch die Gestapo. In dem Gebäude sind im Keller noch Original-Haftzellen erhalten. Das Haus wurde bis Ende 2014 vom Finanzamt genutzt, Eigentümer ist der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung. Das Landesarchiv Speyer stellte gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz eine Anfrage an das Finanzministerium Rheinland-Pfalz. Ziel ist es, im Keller des Gebäudes, der unabhängig vom Hauptgebäude durch einen separaten Eingang zugänglich ist, eine Gedenkstätte einzurichten, in der das System der Gestapo und das Schicksal der Verfolgten dokumentiert werden sollen. Das Ministerium wurde gebeten, dieses Ziel zu unterstützen und bei einer möglichen Neuverwendung oder Veräußerung des Gebäudes zu berücksichtigen. Durch den Wechsel an der Spitze des Finanzministeriums im November 2014 steht eine Entscheidung hierzu noch aus.

Die Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt erhielt im Doppelhaushalt des Landes Rheinland-Pfalz 2014/15 erstmals Fördermittel, die für den weiteren Ausbau der Gedenkstätte genutzt wurden. Ziel für die Zukunft ist es, das Angebot der Gedenkstätte weiter auszubauen, sodass mehr Gruppen die Gedenkstätte besuchen und weitere Veranstaltungen dort durchgeführt werden können. Nur mit ehrenamtlich Tätigen wird dieses Bemühen allerdings bald an seine Grenzen stoßen, sodass auch hier eine langfristige Möglichkeit der Finanzierung einer hauptamtlichen Stelle gesucht werden muss.

Bei ihrem Besuch am 13. Juli 2013 schrieb die Schirmherrin der Gedenkstätte, die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin und gebürtige Neustadterin Malu Dreyer Folgendes ins Gästebuch: »Aus der Geschichte zu lernen ist unsere Pflicht. Damit das möglich ist, braucht es Menschen wie Sie, die die Geschichte – auch das schrecklichste Kapitel unserer Geschichte – sichtbar machen. Danke!«

Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt

Quartier Hornbach 13a, 67433 Neustadt/Weinstraße

info@gedenkstaette-neustadt.de | www.gedenkstaette-neustadt.de

Martina Ruppert-Kelly, hat schon während ihres Studiums der Geschichte und der Germanistik für das Lehramt seit 1998 als freie und seit 2008 als festangestellte Mitarbeiterin der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz in der Gedenkstätte KZ Osthofen gearbeitet. Seit 2010 ist sie die Leiterin des Pädagogischen Dienstes.

Eberhard Dittus, ist als Religionspädagoge seit 1980 Bildungsreferent bei der Evangelischen Kirche der Pfalz, u.a. zuständig für friedenspädagogische Projekte und Gedenkarbeit sowie seit 2009 Vorsitzender des Fördervereins Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt an der Weinstraße.

Literatur

- »Das Geheimnis der Versöhnung ist die Erinnerung. Neustadt an der Haardt 1933 bis 1945«, hrsg. v. Eberhard Dittus, Karl Fücks und Heiko Müller, Neustadt 1998.
- Krause-Schmitt, Ursula/Arenz-Morch, Angelika/Berkessel, Hans: Von »Schutzhaft« und »Umerziehung« zur Vernichtung: Zu einigen Aspekten des nationalsozialistischen Lagersystems in Rheinland-Pfalz. In: »Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz«, Bd. 2: »Für die Außenwelt seid ihr tot!«, hrsg. v. Hans-Georg Meyer und Hans Berkessel, Mainz 2000.
- Meyer, Hans-Georg/Roth, Kerstin: »Wähler, Saboteure, Doktrinäre«. Das Schutzhaftlager in der Turenne-Kaserne Neustadt an der Haardt. In: Instrumentarium der Macht. Frühe Konzentrationslager 1933–1937, hrsg. v. Wolfgang Benz und Barbara Distel, Berlin 2003. (Geschichte der Konzentrationslager 1933–1945, Band 3).
- Morweiser, Hermann: Vom Lager Rheinpfalz nach Dachau gebracht. In Neustadt ist das provisorische KZ fast vergessen. In: die tat, 23. 10. 1981.
- Ruppert-Kelly, Martina: »Im Interesse der öffentlichen Sicherheit«: Das Schutzhaftlager Neustadt an der Haardt (März–Mai 1933). In: Vorbei – Nie ist es vorbei. Beiträge zur Geschichte der Juden in Neustadt an der Weinstraße, hrsg. v. Paul Habermehl und Hilde Schmidt-Häbel, Neustadt 2005 (Schriftenreihe d. Bezirksgruppe Neustadt im Historischen Verein Pfalz, 13), S. 137–143.

- 1 Forschungsstand 2009, neueste Erkenntnisse gehen von ca. 500 Häftlingen aus.
- 2 www.gedenkstaette-neustadt.de/der-verein/unsere-satzung (Abruf 4. 2. 2015).
- 3 Ansprache zur Eröffnung der Gedenkstätte für NS-Opfer am 10. März 2013 von Albrecht Hornbach, in: www.gedenkstaette-neustadt.de/wp-content/uploads/2013/11/Albrecht_Hornbach_Ansprache_Eroeffnung.pdf (Abruf 4. 2. 2015).
- 4 Zur Diskussion um die Bezeichnung vgl. Die Rheinpfalz, Mittelhaardter Rundschau, Leserbriefe, 31. 3. 2012; »Streit um Stellenwert und Adjektive«, 18.06.2012; »Der Vergangenheit stellen«, 2. 7. 2012.
- 5 Vgl. www.gedenkstaette-neustadt.de/wp-content/uploads/2013/08/Baganz_Vortrag_NW.pdf (Abruf 4. 2. 2015).
- 6 Vgl. LA Speyer, H 41, Nr. 304.
- 7 Vgl. LA Speyer, J 89, Nr. 1.
- 8 Vgl. Schreiben der Polizei Neustadt a.d. Haardt an den Stadtkommissar, 10. 3. 1933; Antifa-Archiv Morweiser Ludwigshafen.
- 9 Vgl. Schreiben des kommissarischen I. Bürgermeisters Neustadt a.d. Haardt an das Bezirksamt, 17. 3. 1933; Antifa-Archiv Morweiser Ludwigshafen.
- 10 Vgl. Landauer Anzeiger, 20. 3. 1933.
- 11 Vgl. Edenkobener Rundschau, 25. 3. 1933.
- 12 Vgl. Landauer Anzeiger, 30. 3. 1933.
- 13 Vgl. www.gedenkstaette-neustadt.de/haeftlinge (Abruf 4. 2. 2015).
- 14 Vgl. www.gedenkstaette-neustadt.de/herkunftsorte (Abruf 4. 2. 2015).
- 15 Vgl. Landauer Anzeiger, 30. 3. 1933.
- 16 Vgl. LA Speyer J 72, Nr. 378.
- 17 Vgl. LA Speyer, J 72, Nr. 332 u. 378.
- 18 StA Neustadt/Weinstraße, Karton 5624.
- 19 Vgl. Landauer Anzeiger, 30. 3. 1933.
- 20 Vgl. NSZ Rheinfront, 23. 3. 1933 und LA Speyer, J 71, Nr. 428.
- 21 Landauer Anzeiger, 20. 3. 1933.
- 22 Vgl. Schreiben der Polizei Neustadt a.d. Haardt an den Stadtkommissar, 10. 3. 1933; Antifa-Archiv Morweiser Ludwigshafen.
- 23 Vgl. Drobisch, Klaus/Wieland, Günther: System der Konzentrationslager 1933–1939, Berlin 1993, S. 87.
- 24 Vgl. LA Speyer, J 72, Nr. 378.
- 25 Vgl. LA Speyer, J 72, Nr. 378.
- 26 Vgl. LA Speyer, J 72, Nr. 332.
- 27 Vgl. LA Speyer, J 72, Nr. 332 und 378.
- 28 Vgl. LA Speyer, J 71, Nr. 428.
- 29 Vgl. LA Speyer, J 72, Nr. 378.
- 30 Vgl. Pfälzer Kurier, 17. 3. 1933.
- 31 LA Speyer, H90 und H 91; Aktenbestand der Gestapostelle Neustadt ist mit Würzburg und Düsseldorf der einzig erhalten gebliebene Bestand dieser Art.

Die Verankerung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen im Unterricht

DARGELEGT ANHAND DER RAHMENLEHRPLÄNE DER LÄNDER

Andreas Geike

Bereits vor acht Jahren untersuchte Stefanie Rauch in ihrem Beitrag im Gedenkstättenrundbrief »Verankerung von Gedenkstättenbesuchen im Unterricht« (Rundbrief 134/2006) die Gestaltung der Lehrpläne hinsichtlich der inhaltlichen Schwerpunktsetzung im Lernbereich der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen (NSG) im Fach Geschichte. Sie kam dabei zu zum Teil sehr unbefriedigenden Ergebnissen. So resümiert Rauch beispielsweise, dass bestimmte Opfergruppen innerhalb des Geschichtsunterrichts keine Erwähnung fänden. Auch die Beschäftigung mit der deutschen Tätergruppe spiele de facto keine Rolle. »Täter ...«, so schrieb sie 2006, »... scheint es neben einer unspezifischen Masse an Mitläufern, Mitwissern, und Eingeschücherteten nicht gegeben zu haben.«¹ Dagegen fände der deutsche Widerstand eine Beachtung, die in keinem Verhältnis zu seiner historischen Rolle stünde.

Ähnlich ungenügend stellt Rauch die Verankerung von Gedenkstättenbesuchen im Rahmen des Geschichtsunterrichts dar. In nur wenigen Lehrplänen sei ein Besuch vorgeschrieben. Wenn sie dann als Bestandteil des Unterrichts aufgeführt bzw. empfohlen würden, fehle eine methodische Erläuterung, die den Besuch einer Gedenkstätte für den Lernprozess produktiv nutzbar machen könne.

Nach acht Jahren erscheint es als angebracht, diese Ergebnisse zu überprüfen. Mit Stand März 2014 sind alle Lehrpläne der sechzehn Bundesländer im Fach Geschichte untersucht worden. Dabei diene der im Jahr 2006 erhobene Datensatz als Vergleichsgrundlage². Die Betrachtung der Lehrpläne erfolgt im Folgenden, entsprechend des Vorbildes, hinsichtlich der Zielvorgaben, der Verwendung zentraler Begriffe, der Benennung unterschiedlicher Opfergruppe und der Darstellung von Tätern und Täterinnen. Der sensible Bereich des Widerstands spielt hier genauso eine Rolle, wie die regionalgeschichtliche Verankerung des Themas im Unterricht. Die Frage nach der Verankerung von Gedenkstättenbesuchen innerhalb der Lehrpläne schließt den kurzen Vergleich ab.

Eine Untersuchung der Lehrpläne hinsichtlich dieser Zielvorgaben erweist sich heute, dies ist vorab zu sagen, als problematisch. Die Ursache hierfür liegt vor allen Dingen in zwei Entwicklungen begründet. Zum einen wird die Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen immer mehr in sogenannten Längsschnitten behandelt. Eine Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus findet in manchen Klassenstufen nicht mehr als geschlossenes Themenfeld statt, sondern reiht sich ein in eine Kette historischer Ereignisse, die sich unter einem thematischen Schwerpunkt, z.B. Entwicklung der Menschenrechte oder Krieg in der Neuzeit, subsumieren lassen. Dem Schwerpunkt fremde Aspekte des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen finden dabei keine Erwähnung. So reduziert sich der inhaltliche Umfang des Themas. Wesentliche Fragen und Inhalte fallen dabei weg.

Zum anderen macht aber eine zweite, viel problematischere Entwicklung eine Untersuchung hinsichtlich der genannten Kriterien schwierig. Viele Lehrpläne wenden sich von inhaltlichen Schwerpunkten zugunsten der Beschreibung weiterführenden

der Kompetenzen ab. Die Lehrpläne stellen dabei nicht mehr allein die Themen des Unterrichts, also die reine Sachkompetenz, in den Vordergrund, sie verlangen von den Schülern, weiter führende Fähigkeiten zu entwickeln. So sollen sie anhand des Themas (Sachkompetenz) neue Möglichkeiten der Informationsgewinnung erschließen (Methodenkompetenz), in der Lage sein, anhand der Informationen ein Urteil zu bilden (Urteilskompetenz) sowie anhand der Inhalte Handlungsgrundsätze für sich und ihre Umwelt ableiten zu können (Handlungskompetenz). Dies führt dazu, dass aufgrund dieses neuen Fokus' auf Unterricht weniger Zeit für Inhalte bleibt.

Eine weitere Beobachtung ist, dass auch innerhalb der Lehrpläne weniger Raum für konkrete Inhalte gelassen wird, sondern vielmehr ein weiterführender Kompetenzerwerb für den Unterricht beschrieben wird. Die reine Sachebene des Unterrichts soll eher dezentral bestimmt werden. So heißt es zum Beispiel im entsprechenden Lehrplan für die gymnasiale Oberstufe in Brandenburg: »Die konkrete Unterrichtsplanung erfolgt innerhalb des schulinternen Fachplans als Teil des schulinternen Curriculums.« Bundesweit wird dies jedoch noch recht unterschiedlich gehandhabt. Einige Lehrpläne gehen kaum oder gar nicht auf die zu behandelnden Inhalte ein und geben nur noch Hinweise auf Schwerpunkte im entsprechenden Schuljahr (z.B. Nordrhein-Westfalen), andere führen recht akribisch auf, mit was sich die Schüler auseinandersetzen müssen (z.B. Bayern oder Sachsen). Die Mehrzahl der Bundesländer bewegt sich zwischen diesen beiden Polen. Sie beschreiben viele Kompetenzziele, wobei der Bereich der Sachkompetenz nur wenig definiert wird.

Eine systematische und wirklich umfassende Betrachtung kann daher nur schwer durch die Analyse von Lehrplänen erfolgen. Hier muss eine Untersuchung an den Festlegungen der Fachkonferenzen der Schulen, wenn nicht gar am Unterricht selbst anknüpfen. Dennoch geben die Lehrpläne zumindest Hinweise auf aktuelle Tendenzen innerhalb des Themenbereiches Nationalsozialismus und NSG.

Schüler kommen im Geschichtsunterricht in ihrer überwiegenden Anzahl zum ersten Mal in der neunten Klasse mit den Geschehnissen zwischen 1933 und 1945 in Berührung. Dies scheint sich, das ergab bereits die Untersuchung von Rauch, als bundesweiter Standard etabliert zu haben. Nur Sachsen (ab Klasse acht), Baden-Württemberg und Hessen (ab Klasse zehn) machen hier eine Ausnahme. In höheren Klassenstufen setzen sich Schüler in jedem Fall ein zweites Mal mit dem Nationalsozialismus auseinander. Hier gibt es durchaus eine Varianz zwischen der 11. und der 12. Klassenstufe.

Ziele des Geschichtsunterrichts im Themenfeld Nationalsozialismus

In den Lehrplänen finden sich nur wenige Lernziele und weiterführende Kompetenzen, die sich speziell aus der Beschäftigung mit Nationalsozialismus und NSG ableiten. Vorwiegend werden hier globale Ziele beschrieben, die für den gesamten Geschichtsunterricht gültig sind »Seine vordringliche Aufgabe ist die Entwicklung von Geschichtsbewusstsein als Grundlage von historischem Urteilsvermögen, von politischer Kritikfähigkeit und sozialer Verantwortung.« (Mecklenburg-Vorpommern)

Dennoch lassen sich Intentionen entdecken, die sich direkt aus den Verbrechen der Nationalsozialisten ableiten. Sie beziehen sich fast immer auf die mehr oder weniger beschriebene Verantwortung der heutigen Generation. Dabei tauchen die unspezifisch gehaltene »Verantwortung der Deutschen aus der Schoa« oder der Slogan »historische Verantwortung« als Transferleistungen am häufigsten auf. Nur wenige spezifizieren

diese in Hinblick auf den Erhalt der Demokratie (Berlin, Brandenburg, Bayern, Bremen) oder das Engagement für Menschenrechte (Sachsen, Bayern). Den Bezug zum heutigen Rechtsextremismus stellen nur Niedersachsen und Sachsen-Anhalt her.

Dies bedeutet auch, im Vergleich zur Abhandlung von Rauch, dass das Thema Nationalsozialismus nicht mehr eine solche historische Bedeutung erhält, wie noch vor einigen Jahren. Wenn man beachtet, dass der Holocaust in nur wenigen Fällen explizit als singulär beschrieben wird, scheint dies nicht verwunderlich. Die nationalsozialistische Diktatur wird sogar in vier Bundesländern (Berlin, Bayern, Hamburg, Sachsen-Anhalt) mehr oder weniger anderen Diktaturen, dem Stalinismus oder allgemeinen Extremismus anbei gestellt.

Zentrale Begriffe

Der Begriff Holocaust ist zentral in allen sechzehn Lehrplänen aufgeführt. Er wird nur selten durch Schoa ergänzt. Oftmals wird darüber hinaus von der systematischen Vernichtung der Juden (Bayern), von Judenverfolgung (Hamburg) oder Vernichtung der jüdischen Bevölkerung (Niedersachsen) gesprochen. In nicht mal der Hälfte aller Lehrpläne spielt der rassistische Antisemitismus als bestimmendes Moment der nationalsozialistischen Ideologie eine zentrale Rolle. Wenn er jedoch als zentraler Terminus benannt wird, steht er in einem direkten Zusammenhang mit dem Holocaustbegriff.

Diese Feststellung entspricht der von Rauch von vor etwa acht Jahren. Auffällig erscheint nur, dass der 2. Weltkrieg als militärisches Ereignis eine geringere Rolle spielt, als noch in der letzten Untersuchung beschrieben wurde. Kriegsgeschehnisse, wie die Schlacht um Stalingrad, werden scheinbar nicht mehr behandelt. Symbolträchtige historische Ereignisse oder Orte (Pogromnacht, Auschwitz, Wannsee-Konferenz, Nürnberg 1935) werden in nur wenigen Fällen als Schlagworte für die Begriffe Holocaust oder Schoa aufgeführt. Besonders auffällig ist darüber hinaus, dass zentrale Verbrechenskomplexe in den Lehrplänen zumeist gar nicht auftauchen. Nur einmal ist von der »Aktion Reinhardt« oder von den Verbrechen der Einsatzgruppen zu lesen (beide Sachsen).

Opfergruppen

In allen Lehrplänen wird die Gruppe der Juden als Opfergruppe benannt. Oftmals allerdings auch als Einzige. Während noch vor einigen Jahren ein durchaus differenzierteres Bild erkennbar war, steht die Gruppe der Juden in ganzen neuen Plänen als Opfergruppe allein. Weitere drei sprechen von Juden und »anderen Opfergruppen«.

Eine Spezifizierung erhalten diese »anderen Opfergruppen« nur in wenigen Fällen. Die Gruppe der politisch Verfolgten wird in Baden-Württemberg, in Niedersachsen, in Sachsen, in Thüringen und im Saarland explizit behandelt. In Hessen, in Sachsen, in Baden-Württemberg und in Mecklenburg-Vorpommern sind die Opfer der Aktion T4 herausgestellt. Sinti und Roma werden in den Lehrplänen von Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg als Opfer des Nationalsozialismus benannt. In nur zwei Bundesländern gibt der Rahmenlehrplan die Beschäftigung mit dem Komplex Zwangsarbeit vor (Niedersachsen und Saarland) und in nur einem werden die Zwangssterilisierten (Sachsen) erwähnt. Kriegsgefangene, als sehr große Opfergruppe nationalsozialistischer Gewaltverbrechen, werden nur im Sächsischen als Opfergruppe ausgewiesen. Wichtig hierbei erscheint, darauf hinzuweisen, dass, wenn einzelne Opfergruppen genannt werden, dies oftmals erst in der gymnasialen Oberstufe geschieht.

Die Darstellung der Opfer erfolgt in den Lehrplänen abstrakter als noch vor einigen Jahren. Während sich bei der Beschreibung der Opfergruppe der Juden nichts verändert hat, zeigt sich, dass andere Opfergruppen immer weniger auftauchen. So wurde die Gruppen der Opfer der Aktion T4 2006 noch in elf Lehrplänen und der Sinti und Roma in sieben Lehrplänen angesprochen. Während die Kriegsgefangenen schon damals so gut wie keine Rolle spielten, sie wurden 2006 wie heute nur in Sachsen thematisiert, erhielt die Opfergruppe der politisch Verfolgten eine Aufwertung. Stefanie Rauch zählte nur drei Bundesländer, in denen diese direkt oder indirekt eine Rolle spielten. Opfergruppen wie die Zeugen Jehovas oder die Gruppe der von den Nazis als »asozial« Bezeichneten finden, damals wie heute, keine Beachtung.

Täter

Bereits in der früheren Untersuchung ergibt sich im Bereich des Lernens über die Täter ein sehr diffuses Bild. Rauch schreibt: »Insgesamt ergibt sich in den Lehrplänen der Eindruck eines verbrecherischen Staates ohne eigentliche Handlungsträger.«³ Dieses Bild hat sich acht Jahre später nicht verändert. Nur in den wenigsten Fällen werden Täter oder Täterorganisationen thematisiert. Der deutschen Bevölkerung wird, und das ist auffällig, eine recht passive Rolle zugeordnet. Sie schwankt zwischen Anpassung und Akzeptanz im nationalsozialistischen Staat. Der Lehrplan des Landes Hessen spricht von Ja-Sagern. Immerhin sechs von sechzehn deutschen Bundesländern (Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern) beschreiben die Deutsche in ihrer überwiegenden Mehrheit als Mitläufer. Sie waren keine Täter, sie haben die Täter allenfalls gewähren lassen.

Nur wenige widmen sich den verbrecherischen Organisationen des Nationalsozialismus. Sachsen, Baden-Württemberg und das Saarland befassen sich in ihren Lehrplänen mit der SS und der SA. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen stellt in diesem Bereich die NSDAP heraus. Die Hitlerjugend ist Thema des Geschichtsunterrichts in Berlin. Auch die Gestapo (Sachsen und Saarland) und der Volksgerichtshof (Sachsen) sind in den Lehrplänen zu finden. Die Wehrmacht als Täter beschreibt ein einziges Bundesland (Sachsen). Interessant erscheint die Recherche zu diesem Thema in Bayern. Während in diesem Land der Lehrplan den überwiegenden Teil der Deutschen allenfalls als zustimmende Zuschauer beschreibt, findet die Kollaboration Nicht-Deutscher Einzug in den Lehrplan. Die Beteiligung gesellschaftlicher Institutionen wie der Medizin, der Wissenschaft, der Industrie oder des Sports wird nicht explizit benannt. Wenige Lehrpläne sehen die ausdrückliche Behandlung verbrecherischer Organisationen wie SS oder NSDAP vor.

Widerstand

Auch der Widerstandsbegriff, der in allen Lehrplänen auftaucht, ist in den meisten Fällen nur sehr vage beschrieben. In sieben Fällen soll der undefinierte Begriff des Widerstandes in einem Kontrast mit dem Begriff Akzeptanz behandelt werden, allerdings ohne auch nur einen dieser Bereiche in den Lehrplänen zu definieren.

In fünf Bundesländern (Niedersachsen, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt) sollen Motivation, Spielräume und Strategien des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus besprochen, und damit das Thema genauer nachgezeichnet werden.

Konkrete Widerstandsaktionen sind in den meisten Plänen zu finden. Der 20. Juli 1944 spielt in den Lehrplänen von Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland und Sachsen eine Rolle. Damit ist diese die Widerstandsaktion, die am meisten explizit genannt wird. Auch die Bekennende Kirche (Brandenburg, Niedersachsen, Saarland) und die Weiße Rose (Bayern, Saarland, Sachsen), die Predigten des Bischof van Galen (Niedersachsen, Saarland), die Rote Kapelle (Sachsen) und der Arbeiterwiderstand (Saarland) werden erwähnt. Interessant erscheint, dass der Protest in der Rosenstraße in Berlin im Saarland durch den Lehrplan hervorgehoben wird. Lediglich im Lehrplan des Landes Sachsen-Anhalt taucht der jüdische Widerstand gegen die Verbrechen des Nationalsozialismus auf. Der Aufstand in Warschau, hier wird nicht beschrieben, welcher gemeint ist, und der des Sonderkommandos im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau werden aufgelistet. Damit ist Sachsen-Anhalt eines der drei Länder, neben Sachsen und Bremen, das überhaupt ausländischen Widerstand benennt.

Aufarbeitung der NSG im Nachkriegsdeutschland

Bis auf drei Bundesländer (Bremen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein) haben alle anderen in ihren Lehrplänen Raum für die Beschäftigung mit dem Thema Aufarbeitung gelassen. Dies geschieht allerdings mit sehr verschiedenen Inhalten. Fast jeder Lehrplan sieht einen anderen Aspekt dieses sehr umfangreichen Themenfeldes vor. Überschneidungen finden sich bei der Auseinandersetzung mit dem Historikerstreit 1987 (Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen) und mit dem damit zusammenhängenden Aspekt verschiedener Geschichtsbilder (Berlin, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Thüringen).

Mit der juristischen Aufarbeitung nach 1945 beschäftigt sich interessanterweise der Lehrplan in nur einem Bundesland (Sachsen), mit dem entsprechend weiter gefassten Begriff der Entnazifizierung darüber hinaus nur der in Bayern. Dieser Lehrplan bezieht das Thema Vertreibung in den unmittelbaren Kontext des Themas Nationalsozialismus und NSG mit ein. Die Frage nach (Kollektiv-)Schuld und Verantwortung und dem Diskurs von Befreiung oder Niederlage widmen sich die Lehrpläne von Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen. Auch der Komplex der Rechtfertigung nationalsozialistischer Verbrechen im Nachkriegsdeutschland spielt in einem Bundesland (Sachsen-Anhalt) eine Rolle.

Einen klaren Bezug zu Auswirkungen auf heutige politische Strukturen als Form der Aufarbeitung ziehen Sachsen und Bayern. Der Lehrplan in Sachsen sieht vor, dass den Schülern der Zusammenhang zwischen der Nürnberger Rechtsprechung und der Etablierung internationaler Verfolgung von Menschenrechts- und Kriegsverbrechen vermittelt wird. Bayern wiederum möchte anhand seiner Landesverfassung zeigen, welche Institutionen und Rechte die Wiederkehr einer Diktatur verhindern sollen. Der Aspekt der Aufarbeitung findet in deutschen Lehrplänen einen ähnlichen Niederschlag, wie in der Untersuchung 2006 herausgearbeitet wurde. Es ist jedoch eine Themenverschiebung zu beobachten. Ethische Aspekte spielen heute eine größere Rolle.

Regionale Bezüge und Gedenkstättenbesuche

Die Schaffung regionaler Bezüge im Thema Nationalsozialismus und NSG im Geschichtsunterricht sehen sieben Bundesländer (Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen) in ihren Lehr-

plänen vor. Dies geschieht in ganz unterschiedlichen Formaten. So befasst sich der bayerische Lehrplan mit den zentralen Stätten der NSDAP in München und Nürnberg. Auch Mecklenburg-Vorpommern sieht vor, dass sich die Schüler mit der regionalen NSDAP-Geschichte auseinandersetzen. Der Lehrplan von Rheinland-Pfalz regt den Einbezug von lokalen Zeitungen und privaten Fotoalben an. Das Saarland stellt in seinem Lehrplan zum Geschichtsunterricht Stolpersteine als möglichen Bezug zur regionalen Geschichte heraus. Allein Sachsen und Sachsen-Anhalt empfehlen, sich explizit mit der Geschichte regionaler Gedenkstätten auseinanderzusetzen. Insgesamt ist auch hier kaum eine Veränderung hinsichtlich der Lehrplangestaltung zu beschreiben. Dies erscheint jedoch erstaunlich. Im Zuge der Kompetenzorientierung deutscher Rahmenlehrpläne und der damit einhergehenden Methodenvielfalt überrascht es, dass die Geschichte des Nationalsozialismus durch regionale Verankerung und im Sinne einer Lebensweltorientierung für Schüler nicht eindringlicher bearbeitet wird.

Die Schulämter gewähren den Raum, in Rahmen von Exkursionen und längeren Fahrten die Bildungsangebote von Gedenkstätten in Anspruch zu nehmen. Auch ohne eine systematische Untersuchung kann gesagt werden, dass dies von vielen Klassen und Kursen in Anspruch genommen wird. Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit ein solcher Besuch in den Rahmenlehrplänen verankert ist. Damit einher geht schließlich eine Form der Verbindlichkeit, die sich auf die finanzielle Förderung durch die zuständigen Behörden auswirkt.

Stefanie Rauch spricht in ihrer Untersuchung davon, dass sich in fast allen Lehrplänen der Länder zumindest Hinweise darauf finden lassen, im Rahmen des Geschichtsunterrichtes eine Gedenkstätte zu besuchen. Ein ähnliches Ergebnis ist 2014 nicht mehr zu beschreiben. Entsprechende Hinweise sind nur noch vereinzelt zu finden.

Sechs Bundesländer (Brandenburg, Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen) empfehlen ihren Lehrern ausdrücklich, den Besuch einer Gedenkstätte in den Unterricht mit einzubauen. In Berlin ist der Besuch eines außerschulischen Lernortes, das meint nicht unbedingt eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus, obligatorisch. Die Länder Rheinland-Pfalz und Saarland beschreiben zwar nicht direkt den Besuch einer Gedenkstätte, raten jedoch andere Lernmöglichkeiten zum Thema Nationalsozialismus zu schaffen. Das meint z.B. die Beteiligung am Stolpersteinprojekt oder die Initiative zu einer Spurensuche. Wenn es dabei um den Besuch einer Gedenkstätte geht, wird in keinem Fall darüber gesprochen, welche Lernziele damit erreicht werden sollen, noch wird dargelegt, wie eine methodische Vorbereitung einer solchen Exkursion aussehen kann.

Resümee

Wie bereits beschrieben, verschiebt sich die Gewichtung innerhalb der Lehrpläne zugunsten weiterführender Kompetenzen. Je nach Bundesland hat sich dieses Prinzip mehr oder minder durchgesetzt. Dabei ist jedoch zu beobachten, dass gerade konservativ geprägte Länder wie Bayern oder Sachsen in ihren Lehrplänen deutlich mehr Wert auf beschriebene Inhalte legen als den sozialdemokratisch geprägten.

Dennoch scheint der Trend eindeutig dahin zu gehen, dass die Verantwortung über die Inhalte im Geschichtsunterricht den Lehrenden vor Ort übertragen wird. Die Rahmenlehrpläne geben nur noch vor, welche Kompetenzen den Schülern durch die Inhalte vermittelt werden. Diese Entwicklung muss eine weitere Untersuchung aufgreifen. Die

Lehrinhalte vor Ort müssen qualitativ und quantitativ überprüft werden, um genau sagen zu können, welche Verankerung der Nationalsozialismus und die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen im Unterricht unterliegen. Davon abgesehen lassen sich ähnliche Feststellungen treffen wie noch vor acht Jahren. Der Täterbegriff ist noch immer ein sehr verschwommener und wenig ausdifferenzierter Lerninhalt. Der Widerstand wurde schon einmal deutlich umfangreicher dargestellt. Opfergruppen werden kaum bis gar nicht definiert. Allein der Bereich der Aufarbeitung und der Bereich der regionalen Bezüge zum Thema bleiben quantitativ ähnlich.

Da allerdings einige Untersuchungskategorien in ihrer inhaltlichen Definition im Lehrplan weniger umfangreich und inhaltlich differenziert, andere Untersuchungsgruppen aber ähnliche Ergebnisse vorweisen, bedeutet, dass die insgesamt undifferenzierte Darstellung der NS-Zeit und der begangenen Verbrechen inklusive der Beschreibung der verschiedenen Gruppen, die ihnen zum Opfer gefallen sind, nicht allein auf die zunehmende Kompetenzorientierung zurückzuführen ist. Es ist als erstaunlich zu erachten, dass die Besuche von Gedenkstätten in den neuen Lehrplänen eine ähnliche oberflächliche Beachtung finden wie in denen, die Stefanie Rauch untersucht hat. Dabei hält dieses Lernangebot zusätzlich methodische und inhaltlich konkrete wie anschauliche Möglichkeiten parat, die innerhalb der Institution Schule nur schwer realisierbar sind.

Andreas Geike schloss das Studium der Sozialen Arbeit in Deutschland und Polen ab, ist ausgebildeter Sonderpädagoge und nimmt am Master Programm Holocaust Communication and Tolerance am Touro College Berlin teil. Der Artikel entstand im Rahmen eines Studienpraktikums im Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors.

Lehrpläne (Stand 5. 11. 2014)

Bayern

www.isb.bayern.de/schulartspezifisches/lehrplan/realschule-r6

www.isb-gym8-lehrplan.de/contentserv/3.1.neu/g8.de/index.php?StoryID=26228

Baden-Württemberg

www.schule-bw.de/unterricht/faecher/geschichte/bildungsstandards

Berlin

www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/lehrplaene/index.html

Brandenburg

bildungsserver.berlin-brandenburg.de/curricula_s1_bb

bildungsserver.berlin-brandenburg.de/curricula_gost_bb

Bremen

www.lis.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen56.c.21948.de

www.lis.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen56.c.16698.de

Hamburg

www.hamburg.de/bildungsplaene/2363316/start-stadtteilschule

www.hamburg.de/bildungsplaene/2363352/gym-seki

Hessen

verwaltung.hessen.de/irj/HKM_Internet?cid=f1e079cc428af80d07f4fe2db20fe301

verwaltung.hessen.de/irj/HKM_Internet?cid=9e0b5517dfc688683c15ce252202d4b9

verwaltung.hessen.de/irj/HKM_Internet?cid=48a34f21388de135d056cf8266b8b151

Mecklenburg-Vorpommer

www.bildung-mv.de/schueler/schule-und-unterricht/faecher-und-rahmenplaene/rahmenplaene-an-allgemeinbildenden-schulen/geschichte/

Nordrhein-Westfalen

www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplannavigator-s-i/realsschule/geschichte

www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/lehrplannavigator-s-i/gymnasium-g8/geschichte-g8/

Niedersachsen

nline.nibis.de/cuvo/menue/nibis.phtml?menid=116&PHPSESSID=aecf535165df6efd75ff1984d3e02d08

Rheinland-Pfalz

[lehrplaene.bildung-rp.de/lehrplaene-nach-faechern.html?tx_abdownloads_pi1\[category_uid\]=97&tx_abdownloads_pi1\[cid\]=5786&tcHash=8dae08db33b409f9cf39ef4e16a0c119](http://lehrplaene.bildung-rp.de/lehrplaene-nach-faechern.html?tx_abdownloads_pi1[category_uid]=97&tx_abdownloads_pi1[cid]=5786&tcHash=8dae08db33b409f9cf39ef4e16a0c119)

Saarland

www.saarland.de/7044.htm

Sachsen

www.schule.sachsen.de/lpdb

Sachsen-Anhalt

www.bildung-lsa.de/lehrplan/sekundarschule/geschichte.html

www.bildung-lsa.de/index.php?historyback=1&KAT_ID=2163

Schleswig-Holstein

www.lehrplan.lernnetz.de/index.php?wahl=131

www.lehrplan.lernnetz.de/index.php?wahl=111

Thüringen

www.schulportal-thueringen.de/web/guest/media/detail?tspi=2847

www.schulportal-thueringen.de/web/guest/media/detail?tspi=2839

- 1 Stefanie Rauch, Verankerung von Gedenkstättenbesuchen im Unterricht in: Stiftung Topographie des Terrors (Hg.), Gedenkstättenrundbrief, Nr. 134/2006, S. 19
- 2 vgl. Ebenda, S. 14
- 3 Rauch, Verankerung, vgl. Anm. 1, S. 17

Besucherinnen- und Besucherstudie der KZ-Gedenkstätte Dachau 2012/2013

Waltraud Burger und Rebecca Ribarek

Gedenkstätten sollen Orte der Trauer und Erinnerung, der Forschung im Bereich der Schicksalsklärung, Einrichtungen der politischen Bildung und für die Politik nicht selten ein Instrument zur Prävention und Abwehr rechtsextremistischer Gesinnung sein. Ihrem Selbstverständnis nach dienen Gedenkstätten der Vermittlung von Kenntnissen der Geschichte eines historischen Ortes und dessen Kontextualisierung in den jeweiligen geschichtlichen Referenzrahmen. Aber vor allem fühlen sie sich der Weitergabe des Vermächtnisses der ehemaligen Häftlinge und ihrer Leidensgeschichten verpflichtet. Neben dieser gewaltigen Aufgabe verzeichnen die großen Gedenkstätten, insbesondere die KZ-Gedenkstätte Dachau, alljährlich einen großen Zuwachs an Gruppen- und Einzelbesucher/-innen aus der ganzen Welt. Seit einigen Jahren entdecken zunehmend »neue« Besuchergruppen aus dem ost- und südosteuropäischen, arabischen, asiatischen und südamerikanischen Raum die KZ-Gedenkstätte Dachau.¹ Im vergangenen Jahr konnte die Bildungsabteilung etwa 150 000 Besucher/-innen in etwa 5000 Bildungsangeboten² pädagogisch betreuen. Der größte Teil waren süddeutsche und italienische Schulklassen. Neben ihnen besuchten ca. 50% der Besucher/-innen die KZ-Gedenkstätte Dachau im Rahmen touristischer Programme. Auf ihre unterschiedlichen kognitiven wie emotionalen Zugänge, Kenntnisse, kulturellen Hintergründe und Narrative können wir bislang zu wenig eingehen. Um diese Zielgruppen erreichen zu können, müssen wir ihre Motivationen für den Gedenkstättenbesuch und ihre Erwartungen an ihn näher kennenlernen, benötigen wir Informationen über ihre Kenntnisse. Auf welchem Wissen kann die Vermittlungsarbeit vor Ort aufbauen, damit die Besucher/-innen das Vermittelte verstehen können? Wie können an dem Lernort KZ-Gedenkstätte Bildungsideale wie die Förderung selbstständigen Denkens und Urteilens Besuchern/-innen aus unterschiedlichen internationalen – und daher schwer vergleichbaren – Bildungswegen und -strukturen nahe gebracht werden? Angesichts der sich wandelnden Besucherschaft und dem sich kontinuierlich vergrößerndem zeitlichen Abstand zur Geschichte des historischen Ortes, hat sich die KZ-Gedenkstätte Dachau entschieden, einer erforderlichen qualitativen Forschung eine zunächst quantitative Erhebung von Basis-Daten voranzustellen.

Neben der Erfassung soziodemografischer Daten waren verschiedene andere Aspekte von Bedeutung. Neben den oben genannten Gesichtspunkten interessierten wir uns dafür, welche Funktion die Besucher/-innen der Gedenkstätte zuweisen. Außerdem wollten wir wissen, ob die Besucher/-innen sich auf einen Besuch vorbereiten und falls ja, in welcher Art. Zudem fragten wir ab, welche Interessen die Besucher/-innen in die KZ-Gedenkstätte mitbringen. Auch das Besuchsverhalten wurde thematisiert. So umfasste der Bogen neben der Frage nach der Besuchshäufigkeit auch die nach der Dauer des Besuchs und der besichtigten Bereiche. Weitergehend baten wir um eine Bewertung von Informationsangeboten, Serviceleistungen und der bereitgestellten Infrastruktur. Damit reiht sich die Untersuchung, die im Folgenden kurz umrissen werden soll, eher in den Bereich der Besucherforschung ein und ist weniger orientiert an der Rezeption oder einer Untersuchung der Wirkung der Gedenkstätte auf ihre Besucher/-innen.

Zielsetzung und Durchführung der Studie

2012 konzipierte die KZ-Gedenkstätte Dachau³ gemeinsam mit »SIM-Empirische Studien und Evaluation, München« (SIM) eine quantitative Besucherstudie, in der in mehreren Wochen, über den Zeitraum von einem Jahr, Besucher/-innen der KZ-Gedenkstätte Dachau nach dem Besuch, noch vor Ort, gebeten wurden, einen Fragebogen auszufüllen. Da die letzte Studie ähnlicher Art bereits fünf Jahre zurücklag, war das primäre Ziel nicht die Erforschung der Wirkung des Besuchs. Vielmehr stand im Vordergrund das Interesse, die Veränderungen des Verhaltens und der Zusammensetzung der Gedenkstätten-Besuchenden besser zu erkennen, um perspektivisch gedenkstättenpädagogische Angebote entsprechend ausrichten und entwickeln zu können. Dazu interessierte uns die Rückmeldung der Besucher/-innen hinsichtlich der Bildungsangebote, insbesondere des im Museum gezeigten Dokumentarfilms sowie des Audioguide-Angebots, der Rundgänge und der Dauerausstellung.

Letztlich wollten wir wissen, ob die Besuchenden persönliche Erkenntnisse durch den Gedenkstättenbesuch gewinnen konnten und wie sie die Gedenkstätte insgesamt bewerten. Durch die Fülle der Aspekte ergab sich ein umfangreicher Fragebogen, für dessen Beantwortung die meisten zwischen 15 und 30 Minuten benötigten.

Um die Zielsetzung einer repräsentativen Befragung zu erreichen, musste ein breiter Überblick über das Gesamtspektrum der Besucher/-innen gewonnen werden. Neben den erwachsenen Einzelbesucherinnen und -besuchern, die die Gedenkstätte individuell mit oder ohne Audioguide besuchten, sollten auch diejenigen Personen, die die Gedenkstätte in einer geführten Gruppe besichtigten, befragt werden. Zum ersten Mal wurden auch Schulklassen in die Befragung integriert.

Dieser Anspruch machte mehrere einwöchige Befragungen in Phasen unterschiedlichen Besuchsaufkommens notwendig und bedeutete auch, dass die Erhebungsbögen in möglichst vielen Sprachen zur Verfügung stehen mussten. Zudem bedurfte es Interviewer/-innen, die diese Sprachen abdeckten, um die Besucher/-innen ansprechen zu können. Der Fragebogen lag neben Deutsch in acht weiteren Sprachen vor (Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch, Polnisch, Russisch und Hebräisch). Die Vorbereitung (Schulung und Einweisung des Personals) erfolgte jeweils rechtzeitig vor Beginn der jeweiligen Befragungswellen durch SIM und die projektbeteiligten Mitarbeiterinnen der KZ-Gedenkstätte Dachau. Für alle drei Gruppen wurde eine schriftliche Befragung mittels eines teilstandardisierten Fragebogens durchgeführt. Dieser beinhaltete an die jeweilige Besuchsform angepasste geschlossene Fragen, aber auch die Möglichkeit, einige Fragen in offener Form zu beantworten. Um repräsentative Ergebnisse zu erhalten, wurden die Befragten stichprobenartig ausgewählt und gebeten den Bogen anonym zu beantworten.

Neben drei Befragungswochen für die Einzelbesucherinnen und -besucher wurden drei Befragungswochen für Gruppenbesucher/-innen durchgeführt. Daneben wurden über den Zeitraum von einer Woche auch Schulklassen befragt. Damit ergaben sich insgesamt sieben Befragungswochen über jeweils die gesamte Öffnungszeit. Es erklärten sich letztlich 1196 Einzelbesucher/-innen, 743 Mitglieder von Besuchergruppen und 536 Untersuchte aus Schulklassen bereit, an der Befragung teilzunehmen, sodass insgesamt 2475 teilstandardisierte Fragebögen auszuwerten waren. Im Folgenden sollen aus dem mehrere Hundert Seiten umfassenden Abschlussbericht von SIM die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst werden.

Untersuchungsergebnisse zu den erwachsenen Besuchern/-innen

Die Studie erfasste zunächst die wichtigsten soziodemografischen Daten der Besucherinnen und Besucher wie Nationalität, Alter, Geschlecht und den jeweiligen Bildungsabschluss. Aufgrund der Internationalität des Gedenkstättenpublikums ist ein Vergleich mit dem Durchschnitt teilweise nur schwer möglich. In Bezug auf Alter oder Geschlecht unterscheidet sich der bundesdeutsche Durchschnitt nicht signifikant von den Herkunftsländern der meisten der internationalen Besucher/-innen, sodass diese Daten als Vergleich herangezogen werden konnten.

Der formale Bildungsabschluss ist dagegen wesentlich schwerer vergleichbar, da die Bildungssysteme und Abschlüsse große Unterschiede aufweisen. Da der Bildungsstatus jedoch ein wichtiges Kriterium für die Auswertung der Schichtzugehörigkeit ist, wurden Bildungsstatus und berufliche Stellung dennoch abgefragt.

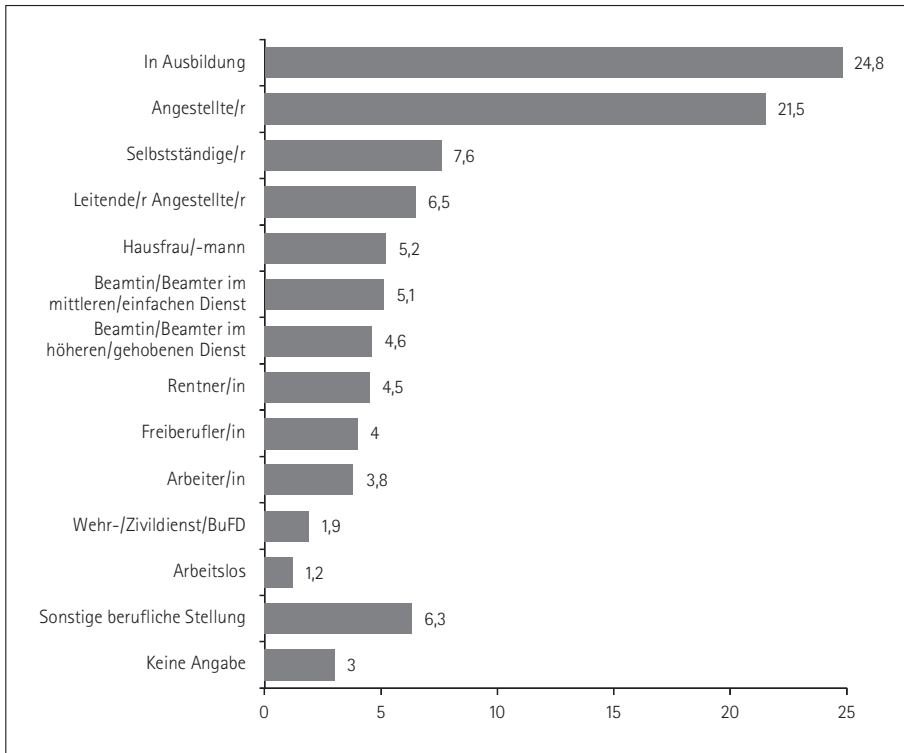
Die Aufschlüsselung der Altersverteilung der erwachsenen Besucher/-innen zeigte, dass die jüngeren und mittleren Altersgruppen deutlich stärker vertreten sind als ältere Generationen. Das durchschnittliche Alter der Befragten lag lediglich bei 35 Jahren. Wobei zwischen Einzelbesucherinnen und -besucherinnen mit durchschnittlich 38 Jahren und Gruppenmitgliedern mit durchschnittlich 29 Jahren erhebliche Unterschiede bestanden. Die Geschlechterverteilung ist hingegen ausgeglichen. So waren 49,5% der Befragten Frauen, Männer stellten 50,5%. Allerdings zeigten sich deutliche Unterschiede beim Besuchsverhalten. So waren mehr Männer (53%) als Frauen (47%) als individuelle Gäste in der KZ-Gedenkstätte, umgekehrt waren Frauen häufiger in Gruppen zu finden (53,8%) als Männer (46,2%).

Bezüglich der Nationalität der erwachsenen Besucher/-innen lässt sich eine sehr heterogene Zusammensetzung konstatieren. Zwei Drittel der Befragten gaben an, ihren Wohnsitz im Ausland zu haben. Von diesen kamen die meisten aus Europa (64%) oder Nordamerika (22%). Im Ländervergleich kommen die meisten aus Italien (26%) und den USA (19%). Die restlichen Besuchenden aus dem Ausland verteilen sich auf Asien (5%), Australien und Neuseeland (5%), Südamerika (2,5%), Israel (0,9%) und Afrika (0,5%). Im Vergleich zu früheren Erhebungen der KZ-Gedenkstätte ist vor allem eine starke Zunahme der Besuchszahlen aus dem asiatischen Raum erkennbar.

Wie bereits erwähnt, ist der Vergleich der formalen Bildungsabschlüsse bei einem internationalen Publikum schwer durchführbar. Die Auswertung der Bildungsabschlüsse der erwachsenen Besucher/-innen gliederte sich in vier verschiedene (jeweils je nach Sprache, möglichst angepasste) Bereiche. Die Verteilung von »(Fach-)Hochschulreife« (72%), »Mittlerer Reife« (13%), »Volks- und Hauptschule« (9%) und »Noch kein Abschluss« (3%) zeigt deutlich, dass die KZ-Gedenkstätte unverhältnismäßig häufig von Besuchenden mit sehr hohen Bildungsabschlüssen besucht wird. Bei der Beantwortung der Frage gab es keinen signifikanten Unterschied zwischen den Geschlechtern.

Auch die Auswertung der Frage zur beruflichen Stellung macht deutlich, dass die KZ-Gedenkstätte vor allem Interessierte in gehobenen beruflichen Positionen anspricht. Personen wie »Arbeiterinnen und Arbeiter« (3,8%) oder »Arbeitslose« (1,3%) hingegen waren bei der Befragung stark unterrepräsentiert.

Ein Teil der Studie bestand aus der Abfrage von Motiven für einen Besuch der KZ-Gedenkstätte Dachau sowie Interessen, Vorkenntnissen und Erwartungen an den Besuch. Die Befragung ergab, dass der größte Teil der Interessierten eine Motivation



Berufliche Stellung der Besucher/innen. Angaben in Prozent

Alle Diagramme: Empirische Studien und Evaluation, BesucherInnenbefragung »KZ-Gedenkstätte Dachau«, München 2013

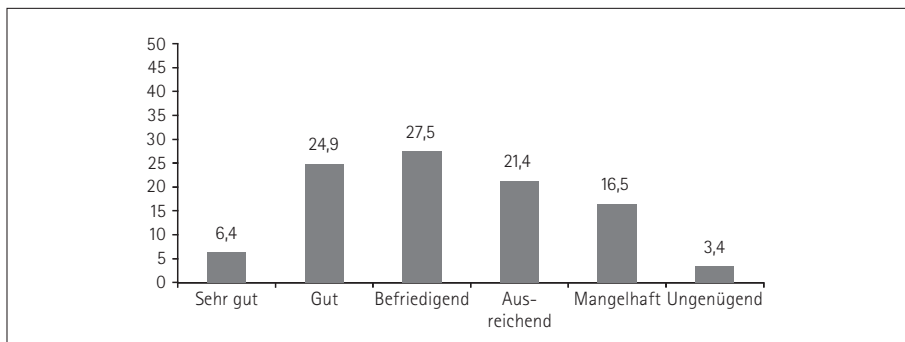
aufweist, die die persönliche Vergegenwärtigung des historischen Ortes in den Mittelpunkt stellt. Danach folgt ein historisches Interesse an der Geschichte des Nationalsozialismus.

Die Abfrage der Interessen gliederte sich in acht Themenbereiche, bei denen die Besucher/-innen einschätzen sollten, wie stark sie sich für das entsprechende Thema interessierten und wie viel sie darüber wussten. Die Frage nach dem »Geschichtlichen Interesse« wurde von 73% mit »Hoch interessiert« beantwortet. Dementsprechend schätzten auch 60% ihre Kenntnisse zur »Geschichte des Zweiten Weltkrieges« als hoch ein. Alle anderen abgefragten Themenfelder lagen weit dahinter zurück. So gaben beispielsweise nur noch 27% an, Kenntnisse über Minderheiten im Nationalsozialismus zu haben, 29% meinten, über Kenntnisse zur Weimarer Republik zu verfügen. Der Mittelwert der Selbsteinschätzung des eigenen Informationsstandes zu den verschiedenen Themenfeldern vor dem Besuch lag in der Befragung nur bei der Durchschnittsnote 3,3.

Hier zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen. Je älter die Befragten waren, desto besser schätzten sie ihren eigenen Informationsstand vor dem Besuch ein. Auch die Nationalität spielt eine entscheidende Rolle. Deutsche beurteilten sich wesentlich informierter als ausländische Besucher/-innen. Die Bewertung des eigenen Informationsstands in Abhängigkeit des angegebenen Bildungsstandes ist hingegen überraschend. Je niedriger die Untersuchten formell gebildet sind, desto höher bewerteten sie ihr eigenes Vorwissen.

Neben Motiven für einen Besuch und individuellen Interessen beeinflusst auch die Vorbereitung den Besuch einer KZ-Gedenkstätte in hohem Maße. Die Abfrage der

Bewertung des Informationsstandes vor dem Besuch der KZ-Gedenkstätte. Angaben in Prozent



Vorbereitung bietet der Gedenkstätte die Möglichkeit, ihre Angebote entsprechend auszurichten. Die Mehrzahl der erwachsenen Besucher/-innen äußerte sich positiv über eine mögliche Vorbereitung. So fanden 27% eine Vorbereitung notwendig, 64% halten diese für sinnvoll, immerhin etwas mehr als 10% finden eine Vorbereitung auf den Besuch jedoch überflüssig.

Diejenigen, die sich auf den Besuch vorbereitet hatten (40%), wurden weiterhin nach den genutzten Informationsquellen befragt, wobei Mehrfachantworten möglich waren. Die meisten der Befragten gaben an, dass sie im Internet recherchiert (50,1%), Literatur gelesen (39,4%) sowie die Homepage der Gedenkstätte besichtigt hatten (30%). Etwa 26% gaben außerdem an, dass sie sich mit ihrer Familie über den geplanten Besuch unterhalten hatten.

Weiterhin fragten wir ab, welche Funktion die Besucher/-innen der KZ-Gedenkstätte zuweisen, auch hier waren Mehrfachantworten möglich. Die meisten der Erwachsenen stellen die Erinnerungs- und Gedenkfunktion als besonders wichtig dar. So gaben beispielsweise 61% der Befragten an, die wichtigste Funktion der KZ-Gedenkstätte Dachau müsse darin bestehen, die Erinnerung wachzuhalten. 27% kreuzten an, dass die KZ-Gedenkstätte ein Ort der Wissensvermittlung sei. Lediglich 4,7% beurteilten die Funktion der Gedenkstätte als Friedhof. Der Meinung, dass die KZ-Gedenkstätte keine besondere Funktion hat, waren 1,3%.

Die Fragen zum Besuchsverhalten beinhalteten neben den besuchten Bereichen auch die Dauer des Besuchs und eine Bewertung der inhaltlichen Angebote. So wurden die Befragten gebeten, die erhaltenen Informationen durch Führungen, den Audioguide den Dokumentarfilm und die Ausstellungstafeln im Museum nach Verständlichkeit, Inhalt oder Ausführlichkeit zu bewerten.

Die meisten der erwachsenen Besucher/-innen hielten sich zwischen zwei und drei Stunden in der Gedenkstätte auf. Ungefähr 10% nahmen sich bis zu einer Stunde Zeit und etwa 5% blieben über vier Stunden in der Gedenkstätte.

Während des Besuchs besichtigten die Meisten die Baracken (95%), den Krematoriumsbereich (86%) und die Dauerausstellung der Gedenkstätte (78%). Der Bunker (67%) und die auf dem Gelände befindlichen Kirchen (48%) wurden weniger häufig besichtigt. Die Sonderausstellung hatte sich nur etwa jede/-r Fünfte angesehen.

Wie oben erwähnt, lag der Schwerpunkt der Besucherbefragung der KZ-Gedenkstätte nicht in der Wirkungsforschung des Besuchs einer KZ-Gedenkstätte. Abgefragt wurde dieser Themenbereich lediglich indirekt über die Frage, welche persönlichen Erkenntnisse die Befragten durch ihren Besuch gewannen. Mehrfachnennungen waren

möglich. Der Fragebogen wurde noch vor Ort ausgefüllt, sodass keine Langzeitwirkungen, sondern lediglich subjektive Einschätzungen unmittelbar nach der Besichtigung der KZ-Gedenkstätte Dachau abgefragt werden konnten.

Vor allem zwei Aspekte wurden von den Besuchern/-innen genannt. 71,2% gaben an, eine »Anregung zum Nachdenken« erhalten zu haben und 50,4% beantworteten die Frage damit, »neue emotionale Erfahrungen« gemacht zu haben. 29,9% nannten als Ergebnis »für aktuelle Entwicklungen sensibilisiert« worden zu sein, und 17,7% hielten den Besuch für »ihre persönliche Entwicklung« relevant.

Im Gesamten beurteilten neun von zehn erwachsenen Befragten die Gedenkstätte als sehr gut oder gut. Die Durchschnittsnote, die der KZ-Gedenkstätte Dachau von den befragten Jugendlichen gegeben wurde, lag bei 1,7.

Von den erwachsenen Besuchern/-innen würden 92% die Besichtigung empfehlen, 7% waren sich unsicher. 1% der Befragten würde von einem Besuch der KZ-Gedenkstätte Dachau abraten.

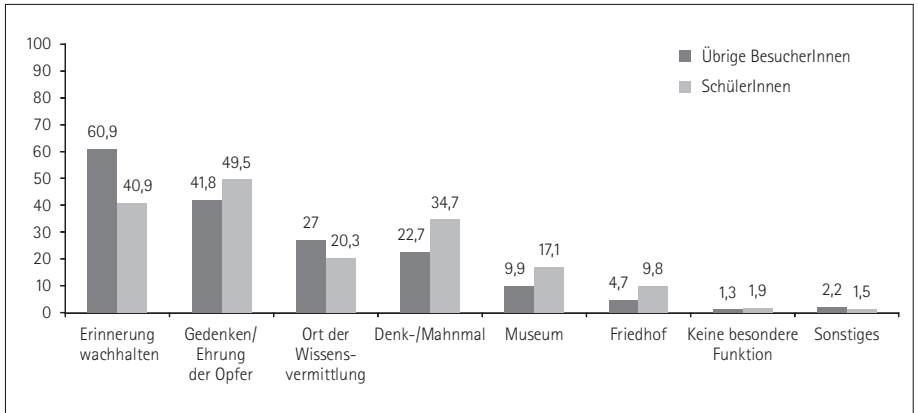
Ergebnisse der Befragung von Schülerinnen und Schülern

Im Rahmen der Schülerinnen- und Schülerbefragung beteiligten sich von 902 Angesprochenen aus 16 Schulgruppen deutscher Schulen aus Bayern und Baden-Württemberg⁴ 536 Jugendliche an der Befragung. Die Begrenzung auf deutsche Schulklassen⁵ erfolgte bewusst, da auf ihrer Grundlage für künftige, vergleichende Untersuchungen Basisdaten zu erheben waren. Die befragten Schüler/-innen hatten als Teilnehmende an Überblicksrundgängen vor der Befragung durchschnittlich 150 Minuten in der KZ-Gedenkstätte verbracht, wobei 63% von ihnen die Dauer der Rundgänge als angemessen betrachtete.⁶

Das Durchschnittsalter der Befragten betrug 16 Jahre. Sie kamen zu fast gleichen Teilen aus mittleren (Realschule- sowie Wirtschaftsschule) und höheren Bildungseinrichtungen (Gymnasium); lediglich knapp 4% kamen aus Hauptschulen. Berufsschulen waren in den Befragungszeiträumen in der Gedenkstätte nicht vertreten. 59% der Schüler/-innen besuchten die neunte Jahrgangsstufe, zu 41% waren Jugendliche aus zehnten Klassen vertreten. Gaben 46% explizit an, dass es sich beim Gedenkstättenbesuch um ein Pflichtprogramm der Schule handelte, so stand für die Mehrheit die persönliche Vergegenwärtigung des historischen Ortes im Zentrum des Interesses. Befragt nach der gesellschaftlichen Diskussion um die Funktion von Gedenkstätten zwischen den Eckpunkten »Erinnern«, »Gedenken« und »Bilden« sowie »Lernen« stellten die befragten Jugendlichen das »Erinnern« und »Gedenken« eindeutig in den Vordergrund.

Mehr als die Hälfte, nämlich 61% der Befragten, maß sich selbst ein hohes geschichtliches Interesse und hohe Kenntnisse über den Nationalsozialismus und die Geschichte des Zweiten Weltkrieges zu. Entsprechend hoch war daher ihre Erwartungshaltung vor dem Gedenkstättenbesuch. 42% der Schüler/-innen gaben an, ein niedriges politisches Interesse und wenig historische Kenntnisse zu besitzen. Über die Aufarbeitung der NS-Verbrechen und NS-Prozesse hätten sie ein niedriges bis kein Wissen. Während diese Themen offenbar im schulischen Unterricht wenig thematisiert werden, gaben acht von zehn der befragten Jugendlichen an, in der Schule auf den Gedenkstättenbesuch vorbereitet worden zu sein. Ein überraschend großer Teil der Jugendlichen hatte sich auch individuell, etwa mithilfe eines (Dokumentar-)Films oder durch Gespräche im Familien- oder Freundeskreis informiert.

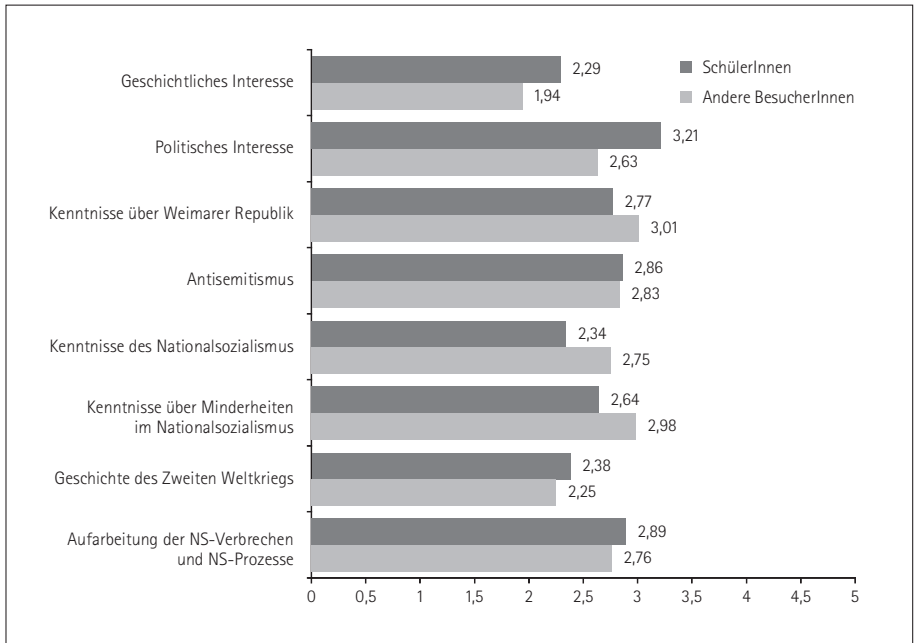
Funktion der Gedenkstätte. Angaben in Prozent; Mehrfachantworten möglich

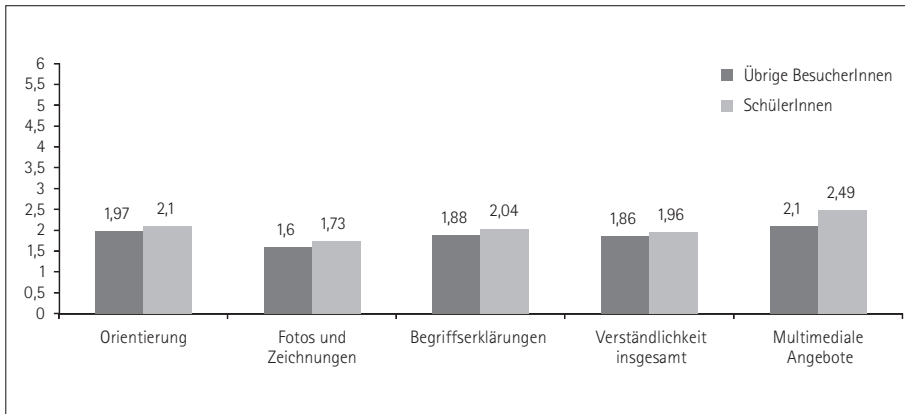


Beurteilung von Ausstellung, Exponaten, Rundgängen

Alle Bildungsangebote der KZ-Gedenkstätte Dachau, auch die zweieinhalbstündigen Rundgänge über sechs bis 15 Stationen, folgen inhaltlich und im Ablauf dem Leitmotiv »Weg der Häftlinge« entlang von erhaltenen oder teilrekonstruierten historischen Gebäuden und topografischen Spuren. Nachdem der Eingang zum ehemaligen Häftlingslager, das Jourhaus sowie der Appellplatz passiert sind, werden der frühere Schubraum und das Häftlingsbad im Museum erreicht. Die Ausstellungsgestaltung im Schubraum erlaubt es, die Prozedur der Aufnahme und Registrierung, wie sie dort in den Jahren 1938 bis 1945 erfolgte, anhand ausgewählter Dokumente von Häftlingen und der SS-Lagerbürokratie zu erfassen. Dazu ist der ehemalige Schubraum Auftakt einer sich verändernden Erzählung: hier, an jenem Ort, an dem Menschen ihren Namen verloren und zur Nummer erniedrigt wurden, treffen die Besucher/-innen erstmalig im Museum auf individuelle Häftlingsschicksale. Sie werden anhand von Privatfotos

Interessen und Kenntnisse der Befragten. Mittelwerte von 1 = sehr hoch bis 5 = sehr niedrig/keine





Bewertung bestimmter Aspekte des Museums. Mittelwerte von 1 = sehr gut bis 6 = ungenügend

aus der Zeit vor der Haft und Film-Berichten von Überlebenden erzählt und in der Vermittlungsarbeit quellenkritisch eingeordnet. Ein weiterer Erzählstrang verdeutlicht hier und insbesondere im ehemaligen Häftlingsbad eindringlich die Mittel, mit denen die SS die vollkommene Unterwerfung des einzelnen Häftlings unter die Lagerordnung und die Brechung seiner Persönlichkeit verfolgte.

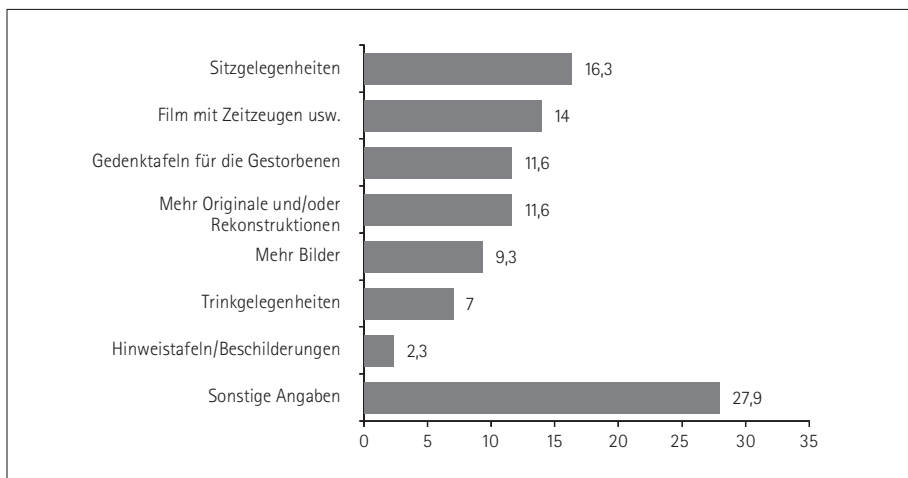
Um die Beurteilung der Wirkung von verschiedenen Ausstellungseinheiten abzufragen, wurden Erwachsene und zudem 319 Schülerinnen und Schüler, die das Museum besucht hatten, gebeten, für die Gedenkstätte wesentliche Kriterien anhand von Schulnoten zu bewerten. Bei den Jugendlichen schnitten die »Fotos und Zeichnungen« im Museum am besten ab; von den Exponaten hatten sie der Krematoriumsbereich, die Baracken, der Prügelbock, das Brausebad sowie die persönlichen Dokumente am meisten beeindruckt. Hingegen beurteilten sie die »multimedialen Angebote« als wenig attraktiv und vergaben für sie lediglich eine mittlere Note. Im Vergleich zu den erwachsenen Besuchern/-innen bewerteten die Jugendlichen die abgefragten Aspekte signifikant schlechter.

Eine gute Beurteilung erfuhr hingegen die Qualität der Rundgänge: 35% der Schüler/-innen vergaben die Note »sehr gut« und weitere 49% bewerteten sie mit »gut«. Ein Teil der Jugendlichen äußerten sich unzufrieden, da sie sich mehr Zeit zum genauen Betrachten gewünscht hätten oder manche Themen zu kurz behandelt worden seien. Sie vermerkten zudem negativ, dass ihr Wunsch nach Trinken oder Essen keine Beachtung gefunden hatte.

Nach der Wirkung des Gedenkstättenbesuchs befragt, beantworteten nahezu zwei Drittel der Schüler/-innen durch den Besuch der KZ-Gedenkstätte zum Nachdenken angeregt worden zu sein, der Anteil der befragten Erwachsenen lag hier sogar höher. Diese hatten, eigenem Bekunden zufolge auch einen deutlich höheren Erkenntnisgewinn als die Schüler/-innen erfahren. Neu für die Jugendlichen – und somit ein Korrektiv für ihr Geschichtsbild – stellte der Aspekt der Handlungsmöglichkeiten für Häftlinge im KZ Dachau dar.

Die Ergebnisse der Befragung zeigten neben positiven Beurteilungen auch einige Defizite der Gedenkstätte aus Sicht der Besuchenden auf, die etwa fehlende Sitzgelegenheiten und zu wenig Museumspersonal im weitläufigen Gelände berühren. Die Befragung bietet nun die Möglichkeit, die didaktischen und medialen Angebote zu evaluieren, zu verbessern und entsprechend der Bedürfnisse von Besuchern/-innen zu

In der KZ-Gedenkstätte
vermisst.
Angaben in Prozent
n = 43



erweitern. So konnte etwa dem mehrfach geäußerten Wunsch nach einem erweiterten Sprachangebot bei den Audioguides mittlerweile nachgekommen werden.⁷

Bestimmte Bereiche bieten sich für eine vertiefende Befragung an, sodass 2015 eine erneut mit SIM gemeinsam durchgeführte Fortsetzung der Besucherstudie mit quantitativen und qualitativen Methoden durchgeführt wird, die sich im Besonderen auf die geplante Neugestaltung der Barackenausstellung und den Einsatz bestimmter Medien in der Gedenkstätte Dachau beziehen wird.

Waltraud Burger ist Historikerin. Seit 2010 leitet sie die Bildungsabteilung in der KZ-Gedenkstätte Dachau.

Rebecca Ribarek ist Politikwissenschaftlerin und Historikerin. Seit 2012 arbeitet sie als pädagogische Mitarbeiterin in der KZ-Gedenkstätte Dachau.

- 1 Die Bildungsabteilung hat daher in den letzten vier Jahren ihr Sprachangebot im Bereich der Rundgänge und Audioguides stark erweitern müssen, um diesen Besuchern/-innen ein Basisangebot bieten zu können. Produziert wurden Audioguides in Hebräisch, Niederländisch, Mandarin, Polnisch, Portugiesisch, Russisch, Ungarisch. Ein arabischer Audioguide wird seit März 2015 verfügbar.
- 2 Dazu haben die vom bayerischen Kultusministerium abgeordneten Lehrkräfte und die zeitgeschichtlichen Vereine und Initiativen zusammen etwa 5000 Gruppen pädagogisch betreut. Nicht erfasst sind hier die touristischen Anbieter. Insgesamt hatte die KZ-Gedenkstätte Dachau im Jahr 2013 etwa 800 000 Besucher/-innen.
- 3 Das Projektteam in der KZ-Gedenkstätte Dachau bestand aus Dr. Aline Sierp (Konzeption und Projektleitung 2011), Waltraud Burger (Projektleitung seit 2012), Rebecca Ribarek (Projektsteuerung 2012–2013, pädagogisch-wissenschaftliche Projektleitung seit 2013).
- 4 Schulen aus den Postleitzahlenbereichen 1–6 besuchen relativ selten die KZ-Gedenkstätte Dachau.
- 5 Allerdings befanden sich zahlreiche Schüler/-innen mit Migrationshintergrund unter den Befragten.
- 6 Drei von zehn Jugendlichen waren die Rundgänge zu lang gewesen. Etwas mehr als 7% hatte einen großen Informationsbedarf. Für sie war der Rundgang zu kurz bemessen gewesen. Sie gaben an, sich einen längeren Rundgang gewünscht zu haben.
- 7 Vgl. oben Anm. 1

Der retuschierte Reichstag

Dirk Stolper

Die Bilder des brennenden Reichstagsgebäudes gehören, so Alexander Bahar und Wilfried Kugel zu *jenen geschichtsmächtigen Bildern, die unsere Vorstellung vom Beginn des ›Dritten Reichs‹ bis heute prägen. Wie unter einem Brennglas bündelt sich darin der Anspruch einer neuen, barbarischen Zeit.*¹

Eines der bekanntesten Fotos zeigt den Reichstag aus Richtung Brandenburger Tor am Morgen des 28. Februar 1933, also unmittelbar nach dem Brand (Abb.1). Diese Perspektive war für ein Foto vom Reichstagsgebäude sehr gebräuchlich, weil es hier eine ideale Sichtachse zum Objekt gab. In der Literatur stößt man auf zwei verschiedene geschnittene Versionen des Fotos. Zum einen die bekannteste Fassung des Bildes, auf dem links noch ein fahrendes Fahrzeug zu erkennen ist, und zum anderen ein Foto, welches leicht vergrößert wurde und auf dem größere Teile dieses Fahrzeuges zu sehen sind, aber rechts ein großer Teil des Bildes fehlt (Abb. 2). Im Vordergrund der Fotografie blicken mehrere Passanten und Polizisten auf das Reichstagsgebäude. Die Aufnahme wurde an einem kalten Morgen gemacht, als noch Schneehaufen die Straße säumten. Die Hauptfigur des ursprünglichen Fotos ist der Mann mit Hut und Aktentasche. Vor ihm steht eine Gruppe von vier Männern, die sich

Abb. 1
Foto: Bildarchiv
Preußischer Kultur-
besitz



Abb. 2
Bundesarchiv Berlin

unterhalten. In der Bildmitte steht eine Gruppe von vier Personen, von denen eine eindeutig als Polizist zu erkennen ist. Weiter links, direkt an der Straße, sind noch zwei Personen zu sehen. Fast alle Personen auf dem Foto sehen zum Reichstagsgebäude, sogar zwei Fahrradfahrer, die in der Mitte des Bildes zu erkennen sind, und ein Mann auf der anderen Straßenseite blicken in Richtung des Gebäudes. Der rauchende Reichstag rief mithin hohe Aufmerksamkeit hervor. Es war ein Großbrand eines symbolisch aufgeladenen Gebäudes mit einem massiven Aufkommen von Feuerwehr und Polizei. Die Bevölkerung wurde über Rundfunk und Presse informiert und so war sicherlich am Morgen nach dem Brand die Neugier vieler geweckt, den Ort mit eigenen Augen zu sehen. Viele Menschen kamen auch nur auf ihrem Arbeitsweg am Reichstag vorbei, blieben kurz stehen und unterhielten sich mit anderen Passanten. Besonders die Aktentasche unter dem Arm des Mannes im Vordergrund könnte als Indiz gesehen werden, dass dieser sich gerade auf dem Weg zur Arbeit befand.

Da das originale Foto aber letztlich nur den rauchenden, nicht den brennenden Reichstag zeigte, wurde das Bild retuschiert. Auf einmal schlagen aus der Reichstagskuppel Flammen und über dem Feuer zieht eine dichte Qualmwolke in Richtung Tiergarten. Sven Felix Kellerhoff vermutet, dass das Bild durch einen Retuscheur einer Bildagentur verändert wurde, um es interessanter zu machen (Abb. 3).^{2/3} Der unbekannte Retuscheur, der mit seiner Arbeit das Bild vollkommen veränderte, hat anscheinend gute Arbeit geleistet. Heute taucht die retuschierte Version des Fotos in fast allen wichtigen Publikationen zum Reichstagsbrand auf. Als Beispiele können hier die Biografie über Marinus van der Lubbe von Martin Schouten⁴ und Kellerhoffs Buch zum Reichstagsbrand dienen.⁵ Für Kellerhoffs Buch wurde das Foto sogar als Titelbild verwendet. Ebenso wie bei Kellerhoff wurde das neu erschienene Buch des kürzlich verstorbenen Reichstagsbrandforschers Fritz Tobias mit dem retuschierten Bild bedruckt.⁶ Auch in der Publikation von Heinz Brüdigam ist das veränderte Bild enthalten. Das Foto wurde hier mit »Das brennende Reichstagsgebäude.« untertitelt.⁷

Abb. 3
Foto: Berliner
Feuerwehr



In der Presse tauchte das Foto direkt am 28. Februar 1933 in der *B.Z. am Mittag* auf. Hier ist das Bild noch unretuschiert neben einem Foto des brennenden Reichstagsgebäudes auf der Titelseite abgedruckt. Der Bilduntertitel lautet hier »Brennend und ausgebrannt. – Nachts und morgens vor dem Reichstag.«⁸ Welcher Fotograf das Bild gemacht hat, konnte nicht herausgefunden werden. Auch welche Bildagentur das Foto letztendlich retuschiert hat, konnte nicht zweifelsfrei ermittelt werden. Eine Spur führt allerdings zu Hans Schaller (1911–1966). Schaller besaß in Berlin eine Bildagentur und kaufte viele Aufnahmen von Fotografen auf, um sie später weiterveräußern zu können. Darunter befand sich auch ein Abzug des retuschierten Reichstages, welcher sich heute im Landesarchiv Berlin befindet, wohin er 1961 von Schaller gegeben wurde. Des Weiteren gibt es noch den oben erwähnten Abzug aus dem Bundesarchiv. Auf der Rückseite des Abzuges befindet sich ein Stempel des Fotografen Helmut Hoffmann aus Berlin-Wilmersdorf mit einem Copyrighthinweis. Hoffmann war 1933 Fotoreporter in Berlin und es kann durchaus möglich sein, dass er nicht nur für die Vergrößerung des Bildes verantwortlich ist, sondern auch der Urheber der Aufnahme ist. Andere führende Zeitungen haben dieses Foto nicht verwendet, sondern eine Frontalansicht des Reichstags vom Königsplatz benutzt. Dieses andere bekannte Bild, auf dem besonders die brennende Reichstagskuppel ins Auge fällt, taucht ebenfalls immer wieder als retuschierte Version auf.⁹ Auf diese Veränderung macht eine Rezension im Bonner General-Anzeiger aufmerksam.¹⁰ Die Bilder des brennenden Reichstagsgebäudes haben sich buchstäblich in das Gedächtnis der Deutschen gebrannt. Sie stellen den Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft und der damit verbunden Verbrechen dar. Das Foto zeigt, welche mächtige Wirkung Retuschen haben können. Retuschen werden aus den verschiedensten Gründen angefertigt. Die Frage, die sich bei diesen Veränderungen stellt, ist, aus welcher Motivation heraus diese Retuschen gemacht wurden. Anders als bei aktuellen Beispielen aus Nordkorea wurde das Bild vom Reichstagsbrand nicht aus politischen Motiven heraus verändert. Hier war es eine Fotoagentur, die das Bild modifizierte, um es besser verkaufen zu können. Ohne die massive Veränderung des Bildes wäre es nie so bekannt geworden. Nur durch die Retusche ist das Foto in das kulturelle Gedächtnis gekommen und so oft publiziert worden. Historiker sollten daher, insbesondere bei Bildquellen mit großer Sorgfalt arbeiten und genau recherchieren, ob es sich bei ihren Fotos nicht doch um retuschierte Versionen handelt.

Dirk Stolper studiert Neuere und Neueste Geschichte in Marburg und hat im Herbst 2013 als Praktikant im Haus der Wannsee-Konferenz gearbeitet.

- 1 Alexander Bahar/Wilfried Kugel: Der Reichstagsbrand. Geschichte einer Provokation, Köln 2013, S. 7.
- 2 Dies schreibt Sven Felix Kellerhoff in zahlreichen Artikeln in den Zeitungen »Die Welt« und »Berliner Morgenpost« vgl. beispielsweise Die Welt vom 14. 12. 2011.
- 3 www.berliner-feuerwehr.de/uploads/pics/1933_reichstagsbrand1.jpg (Stand: 31. Januar 2014)
- 4 Martin Schouten: Marinus van der Lubbe. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1999, S. 75.
- 5 Sven Felix Kellerhoff. Der Reichstagsbrand. Die Karriere eines Kriminalfalls, Berlin 2008.
- 6 Fred Duswald, Fritz Tobias: Polit-Kriminalfall Reichstagsbrand. Geschichte und Fälschung, Tübingen 2012.
- 7 Heinz Brüdigam: Faschismus an der Macht. Berichte, Bilder, Dokumente über das Jahr 1933 50 Jahre danach, Frankfurt a. M. 1982, S. 74.
- 8 Vgl. *B.Z. am Mittag* vom 28. Februar 1933, Titelseite. Die Zeitung wurde im Bundesarchiv unter BArch R 3003/155, S. 62 gefunden.
- 9 Das Bild ist beispielsweise direkt auf dem Titelbild von Alexander Bahar/Wilfried Kugel: Der Reichstagsbrand. Wie Geschichte gemacht wird, Berlin 2000.
- 10 Vgl. Bonner General-Anzeiger vom 23. Juni 2001, S. 22.

»Krefeld und der Nationalsozialismus«

DIE NEUE AUSSTELLUNG
IN DER VILLA MERLÄNDER IN KREFELD

Angela Genger

In einer Villengegend in Krefeld befindet sich der Dokumentationsort »Villa Merländer« der Stadt Krefeld. Wie schon der Name verrät, handelt es sich um ein ehemals großbürgerliches Wohnhaus. Es wurde 1924 für den Seidenfabrikanten Richard Merländer errichtet, der hier von 1925 bis 1938 wohnte. Er hatte das Haus von dem rheinischen Expressionisten Heinrich Campendonk (1889 in Krefeld – 1957 in Amsterdam) ausgestalten lassen: Campendonk malte Decken und Räume aus, fertigte eine Hinterglasmalerei und gestaltete Möbel. Erhalten geblieben sind einige Möbel, die sich im Museum der Stadt Mülheim befinden; rekonstruiert wurde das »Spielzimmer« mit typischen Campendonk-Motiven: einem Harlekin, einer Zirkusreiterin, einer Vase mit Sonnenblumen, Wildkatzen und, auf den Raum bezogenen Spielutensilien, wie einem Billardtisch, einem Würfelbecher, Spielkarten, einem Schachspiel, einer Taube mit Glücksklee im Schnabel sowie, auf den Hausherren bezogen, eine Kiste Zigarren. In dem Haus wohnte Richard Merländer zeitweise mit seinen beiden Brüdern.

1933 begannen die antijüdischen Repressionen gegen die Brüder, und obwohl Richard Merländer seit 1935 seine Auswanderung betrieb, war er im November 1938 dem Überfall der Nazis schutzlos ausgeliefert. Er wurde misshandelt, einer seiner Brüder erlitt einen Herzanfall, von dem er sich nicht mehr erholte, das Mobiliar wurde beschädigt, darunter auch eine Hinterglasmalerei von Heinrich Campendonk. Als er sein Haus aufgeben musste, ließ Merländer die Wandmalerei Campendonks hinter einer Schutzschicht verstecken und übergab wahrscheinlich seiner Haushälterin die Möbel. 1942 wurde der 67-jährige Richard Merländer nach Theresienstadt, von dort noch im selben Jahr ins Vernichtungslager Treblinka deportiert.

Nach der »Arisierung« der Villa fungierte sie zunächst als Hotel. Nach dem Krieg wechselte sie mehrfach den Besitzer. Seit 1991 wurde sie als Gedenkort der Stadt Krefeld mit einer Ausstellung zur Stadtgeschichte und zur Geschichte des Nationalsozialismus eröffnet.

Die Ausstellung wurde in den vergangenen zwei Jahren vollständig überarbeitet. Die neue Ausstellung berücksichtigt strikt den Charakter des Hauses als früherem Wohnhaus. So findet man sich gleich nach Betreten des Hauses in einem Raum wieder, der einem Wohnzimmer nachempfunden ist. In anderen Räumen bilden Tapeten den Hintergrund von gerahmten Plakaten, die Bodenbeläge und die dem Mobiliar der Villa nachgebauten Vitrinen, ja sogar Düfte und Geräusche sollen den Besucher so nah wie möglich an die Wohnsituation des einstigen Hausherren heranführen. In einer Nische im Eingangsbereich wird auf die Geschichte Richard Merländers und der Villa hingewiesen.

Die Ausstellung gliedert sich in vier Themenkomplexe, alle auf Krefeld bezogen: »Machtergreifung«, »Alltag im Nationalsozialismus«, »Judenverfolgung« und »Krieg«. Diese Gliederung wird im Eingangsbereich erklärt und mit einer Bildergalerie quer durch alle Themen eingeleitet. Gleichzeitig steht man bereits mitten in der Ausstellung. Ein Volksempfänger lenkt den Blick auf die Bedeutung des Rundfunks als Propaganda-



Die Villa Merländer
von der Friedrich-
Ebert-Straße aus.
Foto: Ingrid Schupetta

mittel. In knappen Worten und mit jeweils eingerahmten Dokumenten und Bildern wird die spezifische Struktur der Machtergreifung in Krefeld vorgestellt, wo Auswärtige sowohl den Posten des Oberbürgermeisters als auch den des Kreisleiters übernahmen. Wie überall im Reich wurde die politische Opposition mundtot gemacht und um ihr Vermögen gebracht. Die Stadtverwaltung entließ politisch unliebsame und »rassisch« nicht genehme Mitarbeiter. Die Polizei wurde kommunalisiert und umstrukturiert und Gerichte, wie andere Institutionen, gleichgeschaltet.

Verlässt man den Eingangsbereich, wird man durch einen Flur in einen anderen Raum geführt, in dem das Thema »Alltag im Nationalsozialismus« erklärt und visualisiert wird. Das öffentliche Leben veränderte sich durch ständige Aufmärsche, durch Beflaggungen und die Präsenz Uniformierter: SA und Hitlerjugend bestimmten das Leben. Straßen wurden umgehend umbenannt. Der Wirtschaftsstandort Krefeld bekam durch den Bau der Rheinbrücke (deren Planung in die Zeit vor 1933 zurückreichte), die Vergabe von Rüstungsaufträgen und die Errichtung einer »Neuen Kaserne« Auftrieb und schuf, wie der Arbeitsdienst, neue Arbeitsplätze. Familie und Jugend wurden mit speziellen Programmen gefördert: durch Ehestandsdarlehen, Auszeichnung der Mütter großer Familien, körperliche Ertüchtigung der Jugend. Wer nicht in das Schema der Volksgemeinschaft passte, sei es, dass er sich entzog, sei es, weil er nach rassistischen Gesichtspunkten nicht zu ihr gehörte, wie körperlich und psychisch für unheilbar erklärte Kranke oder Sinti und Roma wurde ausgegrenzt, stigmatisiert, festgesetzt und schließlich ermordet. In diesen Prozess eingebunden waren Gesundheits- und Fürsorgeverwaltung, Ärzte und NS-Stellen, Krankenhäuser und Pflegeanstalten, und, im Falle der Sinti und Roma, die Kriminalpolizei. Erschütternd in der Ausstellung auch die Dokumente zu Denunziationen.

In einem kleinen Raum wird das Thema »Judenverfolgung« entfaltet. Das Leben auch der Krefelder Juden änderte sich bereits mit den ersten Wochen nach der Macht-

Schulministerin
Löhrmann und
Schülerinnen der
Kurt-Tucholsky-Schule
besuchen den
Campendonk Raum.
Foto: Stefan Arendt,
LVR-Zentrum für
Medien und Bildung



ergreifung. Dafür gibt es eindringliche Beispiele. Hier profitiert die Ausstellung stark von den in den letzten zwei Jahrzehnten gesammelten persönlichen Beständen, durch die Berufsverbote oder die Ausschlüsse aus Verbänden und Vereine ebenso »sichtbar« gemacht werden wie Versuche der Selbstbehauptung und Flucht. Bis zum Kriegsbeginn im September 1939 verringerte sich die Zahl der Juden in Krefeld um die Hälfte. Die anderen litten weiter unter der sozialen und wirtschaftlichen Ausgrenzung und der sich zuspitzenden Ausplünderung. Für die Beteiligung der Finanzbehörden zeigt die Ausstellung einige erschütternde Beispiele. Ab Oktober 1941 bis zum Sommer 1942 deportierten Gestapo und Polizei die Krefelder Juden über Düsseldorf nach Lodz (Getto Litzmannstadt) und Riga, nach Izbica in Ostpolen und nach Theresienstadt im annektierten Böhmen. Im September 1944 wurden auch die in sog. Mischehe lebenden jüdischen Ehepartner deportiert. Aus dieser Gruppe stammten die meisten der wenigen Überlebenden.

Einige wenige kehrten nach Kriegsende nach Krefeld zurück, meist nur vorübergehend, um das Schicksal ihrer Angehörigen zu klären oder auf ihre Ausreise nach USA, Palästina/Israel oder in ein anderes Land zu warten. Nur wenigen wurde Krefeld wieder Heimat.

Eine Installation führt den Besucher der neuen Ausstellung in das vierte Thema »Krieg« ein, das aber schon im Jahr der »Machtergreifung« Wirtschaft und Gesellschaft mit prägte. Bereits im Jahr 1933 wurden zivile Luftschutzeinrichtungen vorangetrieben, und Krefeld war Standort wichtiger Rüstungsbetriebe (Edelstahlwerke, IG Farben, Rheinische Kunstseide AG). Mit Kriegsbeginn wurde deren Produktion ausgeweitet und zu einem erheblichen Teil von ausländischen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen sowie Kriegsgefangenen verschiedener Nationalität übernommen. Eines der großen Kriegsgefangenenlager der Region, Krefeld-Fichtenhain, ist nur eines von auf einer Karte verortbaren Lagern.



Blick in den
Ausstellungsraum der
NS-Dokumentations-
stelle der Stadt Krefeld.
Foto: Ingrid Schupetta

Auch das Leiden der Zivilbevölkerung unter dem Luftkrieg wird thematisiert, u.a. am Beispiel eines der großen Angriffe aus dem Jahr 1943, bei dem ganze Stadtviertel zerstört wurden und die Toten nur in einem Massengrab beerdigt werden konnten. Gegen Kriegsende wurden die letzten Reserven – sehr Junge und Ältere ebenso wie immer mehr Frauen in den Dienstverpflichtungen mobilisiert, gleichzeitig verschärfte sich die Kontrolle auch der »Volksgenossen«. Der Einzug der amerikanischen Truppen im März 1945 verlief ohne weiterreichende Kämpfe.

Am Ende der Ausstellung stehen Verfahren und Bestrafung von namentlich benannten Tätern. Untersuchungen und Gerichtsverfahren verliefen nicht selten im Sande oder für die Angeklagten glimpflich – kein besseres oder schlechteres Kapitel der Stadtgeschichte wie anderswo auch. Die Überarbeitung der Ausstellung wurde bis auf das Design der Plakate von der langjährigen Leiterin der Einrichtung, Ingrid Schupetta, auf der Basis ihrer Erfahrung mit Besuchern, meist Schulgruppen und interessierten Erwachsenen entwickelt und umgesetzt. Für den einfachen Rundgang benötigt man etwa eineinhalb Stunden. Vertieft man die Themen, indem man die in Vitrinen und Schubladen befindlichen Dokumente genau studiert, verlängert sich der Aufenthalt entsprechend. Die Besichtigung des von Heinrich Campendonk gestalteten, rekonstruierten Spielzimmers eröffnet das Thema der verfemten Kunst. Die Kunst erfasst einen ganz unmittelbar. Nach wie vor ist das Haus selbst – mit seinem rekonstruierten Villencharakter – das Besondere. Die Ausstellung »Krefeld im Nationalsozialismus« erzählt knapp und kompakt mit vielen starken Dokumenten die Stadtgeschichte dieser westdeutschen Großstadt.

Angela Genger hat Geschichte, Politik und Erziehungswissenschaften studiert. Von 1980 bis 1988 war sie Leiterin der »Alten Synagoge« Essen. Danach leitete sie bis zum Ruhestand 2002 die Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf.